

# AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51  
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: [info@apb-tutzing.de](mailto:info@apb-tutzing.de)



3 / 2012

## Wenn Bürger auf-begehrn

Heiner Geißler war der erste prominente Gastredner der neuen Reihe unserer „Akademiegespräche am See“. Dies wird eine Tutzinger Ergänzung zu den bekannten „Akademiegesprächen im Landtag“ in München sein. „Die Demokratie befindet sich in einer Glaubwürdigkeitskrise“, sagt er. Der frühere Bundesminister, CDU-Generalsekretär und Schlichter beim Streit um den neuen Stuttgarter Bahnhof im Herbst 2010 sprach im Rahmen der Tagung „Bürger begehrn“.

Siehe Seite 3

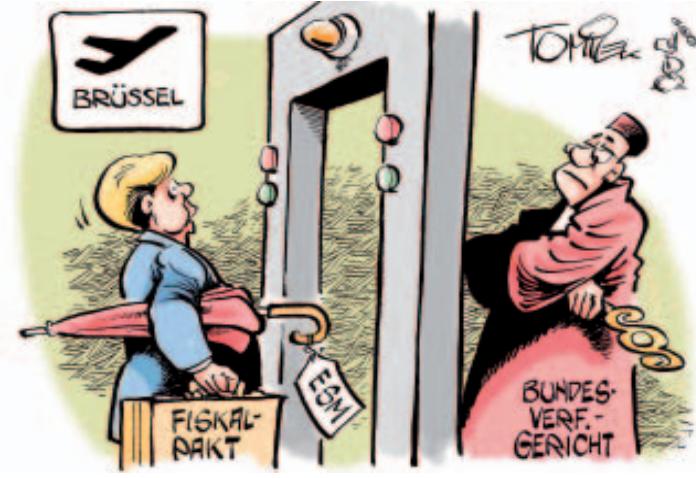


*Sieht die Demokratie in einer Glaubwürdigkeitskrise: Heiner Geißler*

## Grenzenlose Schulden – die Euro-Krise

Einen Rettungsschirm nach dem anderen spannt der Bundestag über dem Euro auf. Südeuropäische Banken taumeln und werden nur mit größten staatlichen Anstrengungen vor der Pleite bewahrt. Ist Griechenland noch zu retten? Und wann platzt die Schuldenblase mit welchen Konsequenzen für Europa?

Siehe Seite 9



Karlsruher Terminal

Zeichnung: Tomicek

## Radiotage beschäftigen sich mit Bildern

Die Bilder haben das Radio erobert. Aus dem reinen Hörmedium, das vor 90 Jahren zum ersten Mal in Deutschland ausgestrahlt wurde, ist in der digitalen Welt ein Multi-Medium geworden, das auf allen verfügbaren technischen Wegen und Kanälen verbreitet wird. Trimediale Arbeiten ist für Hörfunker tägliche Routine geworden.



Das war das Thema der 9. Tutzinger Radiotage, zu denen sich 60 Radiojournalisten aus ganz Deutschland trafen. Zum ersten Mal konnten Studierende des Studiengangs Online-Journalismus an der Hochschule Darmstadt die Tagung als TutzingFM (<http://www.bpb-tutzingfm.de/>) live online und multimedial begleiten.

Siehe Seite 15

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>„Die Bürger lassen sich nicht mehr alles gefallen“</b>	3
<b>Bürger begehen</b>	4
<b>Bewährung in der Krise?</b>	8
<b>Schulden ohne Grenzen?</b>	9
<b>Dominanz der Ökonomie</b>	11
<b>Die afrikanischen Krankheiten</b>	13
<b>Vom Hörmedium zum multimedialen Allesköninger</b>	15
<b>Die geschaubte Sprache schlecht formulierter Nachrichten</b>	16
<b>Die Sorgenfalten der Bürgermeister werden tiefer</b>	18
<b>Vom schwierigen Miteinander</b>	20
<b>Mindeststandards für eine ethisch fundierte Wissenschaft</b>	22
<b>Generalistin mit vielen Talenten</b>	23
<b>US-Generalkonsul Tribble zu Gast in der Akademie</b>	24
<b>„Die politische Auseinandersetzung mit Rechtsextremen suchen“</b>	25
<b>Das Geheimnis GEDOK lüften</b>	26
<b>Zeitlos und der Zeit voraus</b>	27
<b>Ein philosophischer und historischer Kopf</b>	28
<b>Intellektueller Doyen des Kollegiums</b>	28
<b>Heißes Eisen Nachrichtensperre</b>	29
<b>Das Internet verändert Politik und Medien</b>	30
<b>Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen</b>	31
<b>Pressespiegel</b>	32
<b>Themen – Tagungen – Termine</b>	34
<b>Namen und Nachrichten</b>	40

**Akademiedirektorin:**

Prof. Dr. Ursula **Münch**

**Vorsitzender des Kuratoriums:**

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

**Vorsitzender des Beirats:**

K. Heinz **Eisfeld**

**Kollegium:**

Dr. Saskia **Hieber**, Dozentin (beurlaubt)  
Internationale Politik

Dr. Ondrej **Kalina**

Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael **Mayer**

Zeitgeschichte

Dr. Anja **Opitz** (kommissarisch)

Internationale Politik

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

**Juliane Schwab** (Wissenschaftl. Mitarbeiterin)

(BMBF-Projekt „Gute Wissenschaft“)

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Organisationsreferent

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg **Siegmund** M.A.

Pers. Referent der Direktorin

Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Dr. Michael **Spieker**

Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

**Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:**

**Sebastian Haas**

## Akademie-Report

Herausgeber:

**Akademie für Politische Bildung**

Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: [K.Sittkus@apb-tutzing.de](mailto:K.Sittkus@apb-tutzing.de)

Redaktion:

Prof. Dr. Ursula **Münch** (verantw.)

Dr. Michael **Schröder** (Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin **Sittkus**

Druck:

Satz & Druck Peter Molnar

Grenwaldstr. 11 82327 Tutzing

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

# „Die Bürger lassen sich nicht mehr alles gefallen“

Heiner Geißler eröffnet die „Akademiegespräche am See“

**H**einer Geißler wird schnell deutlich: „Die Demokratie befindet sich in einer Glaubwürdigkeitskrise“, sagt er gleich zu Beginn. Der frühere Bundesminister, CDU-Generalsekretär und Schlichter beim Streit um den neuen Stuttgarter Bahnhof im Herbst 2010 war der erste prominente Gastredner der neuen Reihe unserer „Akademiegespräche am See“. Dies wird eine Tutzinger Ergänzung zu den bekannten „Akademiegesprächen im Landtag“ in München sein. Geißler sprach im Rahmen der Tagung „Bürger begehren“ (siehe den nachfolgenden Bericht).

Nach Meinung Geißlers herrsche derzeit ein Misstrauen gegenüber dem ökonomischen System, das sich auf die Politik übertrage. „Die Bürger lassen sich nicht mehr alles gefallen,



Heiner Geißler forderte eine intensive Einbindung der Bürger bei Großprojekten Foto: Dameris

was von oben vorgegeben wird.“ Bürgerbeteiligung müsse als Ergänzung der repräsentativen Demokratie funktionieren; so wie es das Grundgesetz in Artikel 20 vorsieht, bekräftigte Geißler.

Mit einer „genialen Idee“ hätte alles angefangen, schilderte Geißler die Ursprünge des Konflikts: 1995 flogen Ministerpräsident Erwin Teufel, Bahnchef Heinz Dürr und der damalige Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel über die Stadt. Sie sprachen sich für einen Abriss des alten

Kopfbahnhofes und seine Verlegung unter die Erde als Durchgangsbahnhof aus. Erst im November 2011, lange nach Abschluss aller Planungen und Verfahren, kam es zu einer Volksabstimmung, in der sich die Befürworter des Bauvorhabens durchsetzten. Der Prozess, der zwischen Idee und Abstimmung verlief, sei durchweg von Fehlern gekennzeichnet gewesen, kritisierte Geißler. Befriedung durch Rationalisierung der Diskussion war daher sein Auftrag für die Schlichtung im Herbst 2010. Vier Bedingungen seien dafür nötig gewesen:

- Alle Parteien an einen Tisch,
- alle Fakten auf den Tisch,
- Austausch auf Augenhöhe und
- totale Transparenz.

Das Kernelement der Schlichtung war ein Faktencheck. Dem müsse dann eine aktive Bürgerbeteiligung folgen. „60 Prozent waren gegen Stuttgart 21 – nach dem rationalen Austausch von Argumenten wendete sich die Stimmungslage“, unterstrich Geißler.

Die Realisierungsfähigkeit von Großprojekten hängt seines Erachtens von der erfolgreichen Durchführung zweier Phasen ab: Der anfänglichen Idee müsse eine öffentliche Diskussion folgen, die mit einer Abstimmung endet. Eventuell müsse danach noch eine alternative Planung vorgelegt und wiederum diskutiert werden, bis es zur endgültigen Abstimmung kommt. Dabei sollten neben den ökologischen und finanziellen Möglichkeiten auch die Lebenswirklichkeiten der Menschen berücksichtigt werden. „Damit Großprojekte in Zukunft besser gelingen, bedarf es einer intensiven Einbindung der Bürger. Das Vertrauen in die Demokratie kann nur durch eine sinnvolle, organisierte Beteiligung der Bürger zurück gewonnen werden“, sagte Geißler. ■

Carolin Dameris

(Siehe Pressechau Seite 32)



Massenproteste gegen Stuttgart 21

Foto: wikimedia

# Bürger begehen

## Technologische Innovationen als politische Herausforderung

**U**nsere Demokratie befindet sich in einer Vertrauenskrise. Die Bürger haben ein zunehmend distanziertes Verhältnis zu Politikern und Parteien. Weil die Eliten in Politik und Wirtschaft sich nicht mehr für die Belange ihrer Bürger interessieren? Ist mehr Bürgerbeteiligung ein Ausweg?

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. So steht es im Artikel 20 des



Hans-Jürgen Papier: Skepsis gegenüber Volksabstimmungen  
Foto: Dameris

Grundgesetzes. Doch wie sieht die Realität aus? Der bürgerschaftlichen Teilhabe an politischen Entscheidungen war die Tagung „Bürger begehen: Technologische Innovationen als gesellschaftliche Herausforderung“ gewidmet\*. Ein besonderes Augenmerk lag auf der Bürgerbeteiligung in technologischen Belangen, doch auch die generelle Teilhabe bei Großprojekten wurde intensiv diskutiert. „Stuttgart 21“ und der Bürgerentscheid über die dritte Startbahn des Münchener Flughafens standen dabei im Mittelpunkt vieler Beiträge.

Hans-Jürgen Papier, der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, brachte eine notwendige Differenzierung in die Debatte ein: die Betroffenenbeteiligung und die direkte Demokratie. Die Beteiligung unmittelbar Betroffener bei Großprojekten sei gesetzlich vorgeschrieben, die generelle direkt-demokratische Beteiligung der Bürger hingegen sei eine grundsätzlich andere Frage. Papier plädierte für

Beteiligung der Bevölkerung auf Landesebene und in den Kommunen verfassungsrechtlich möglich. Mit Ausnahme der Neuregelung der Ländergrenzen könne ein Volksentscheid auf Bundesebene demgegenüber nicht stattfinden.

### Scheinlegitimation

Auf den unteren Ebenen ist der Volkswille jedoch auf die Gesetzgebung beschränkt. Verwaltungsentscheidungen – zum Beispiel zu Großprojekten – sind davon ausgenommen. Im Falle des Bürgerentscheids zur geplanten dritten Startbahn am Münchener Flughafen sei es zu einer demokratischen Scheinlegitimation gekommen, da der



Großdemonstration gegen den Bau der dritten Startbahn am Flughafen München auf dem Marienplatz vor dem Rathaus  
Foto: wikimedia

eine Rückbesinnung auf die repräsentative Demokratie, gerade wenn es um Themen mit hoher Komplexität – wie es bei Großprojekten der Fall ist – ginge. Die Entscheidung eines Repräsentanten hätte keine geringere demokratische Legitimation als die Volksabstimmung. Außerdem sichere die Repräsentation die gleichmäßige Beteiligung der Bevölkerung. Derzeit sei die

Flughafen nicht auf Münchener Stadtgebiet liegt und dazu noch nationale und sogar internationale Bedeutung hätte. Um Bürger auch über Verwaltungsentscheide abstimmen zu lassen, müsste man die jeweilige Landesverfassung ändern, erklärte Papier. Mit der Freigabe zur Abstimmung von Verwaltungsentscheidungen übertrage man rechtsstaatliche Funktionswahrnehmungen auf das Volk. Papier warnte davor, Demokratie und Rechtsstaat gegeneinander auszuspielen. „Stan-

\* in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

dards des Rechtsstaats dürfen nicht durch Abstimmungen in Mitleidenschaft gezogen werden.“ Verwaltungsentscheidungen dürften nicht aus politischen Motiven getroffen werden, sondern müssten gesetzlich gebunden sein, sagte der frühere Verfassungsrichter.

Hatten die Bürger nun ausreichend die Möglichkeit, sich an der Planung der dritten Startbahn des Münchener Flughafens zu beteiligen? Und gab es einen Faktencheck? Wenn nicht, hätte

Jahren verfolgt. „Die Planung war sehr transparent“, erklärte Bues. Ja, man hätte sich äußern dürfen, stimmte Janecek zu. Diese Beteiligung sei jedoch lediglich formaler Art gewesen und hätte nichts an dem Willen der Staatsregierung und der Landeshauptstadt München, das Bauvorhaben umzusetzen, ändern können. Dem entgegnete Kreuzer: Wenn sich Argumente nicht durchsetzen, heiße das nicht, dass sie nicht vorgebracht und erörtert werden könnten. „Man kann es nicht allen recht machen“, so seine Einschätzung.



Befürworter der dritten Startbahn am Münchener Flughafen: Staatsminister Thomas Kreuzer (links) und Hans-Joachim Bues  
Fotos: Dameris

es dann einen Unterschied gemacht, wenn ein solcher stattgefunden hätte? Mit diesen Fragen eröffnete Akademiedirektorin Ursula Münch die Diskussionsrunde, in der Gegner und Befürworter des Bauvorhabens ihre Eindrücke des Planungs- und Kommunikationsprozesses schilderten. Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Thomas Kreuzer, und Hans-Joachim Bues, zuständig für die Unternehmenskommunikation des Flughafens München, diskutierten dabei mit dem bayerischen Landesvorsitzenden von Bündnis90/Die Grünen, Dieter Janecek, und Hartmut Binner vom Aktionsbündnis der Startbahngegner AufgeMUCkt.

## Keine Augenhöhe

Bues und Kreuzer waren sich einig: Die Möglichkeit einer Bürgerbeteiligung war gegeben. Die Ausbaupläne hätten seit langem offen gelegen, das Projekt als solches würde bereits seit sieben

Binner kritisierte schließlich die Diskussionen im Vorfeld – diese hätten nicht auf Augenhöhe stattgefunden.

Aufgeworfen wurde auch die Frage, ob es legitim sei, dass allein die Bürger Münchens über die dritte Startbahn abstimmen durften. Die Münchner, die durch den wachsenden Fluglärm relativ wenig betroffen sind, haben sich bekanntlich gegen den Bau ausgesprochen. Das zeige, dass auch bei breiterer Beteiligung kein anderes Ergebnis zu erwarten gewesen wäre, meinte Janecek. Kreuzer sieht sich hier hingegen in der Verantwortung für ganz Bayern: „Der Bedarf einer dritten Startbahn ist nach wie vor gegeben. Wir müssen uns weiterentwickeln.“ Bayern brauche die dritte Startbahn, um München als internationales Drehkreuz zu erhalten.

Die Staatsregierung steht nunmehr in der Kritik, den Bürgerwillen nicht zu respektieren. Dies wird ihr auch von

den Grünen vorgeworfen. Doch wie hätte die Opposition reagiert, wäre der Entscheid anders ausgegangen? „Dann hätte ich im Stadtrat für einen Ausbau stimmen müssen, auch wenn ich persönlich dagegen bin“, argumentierte Janecek. Einen fortlaufenden Protest in der Bevölkerung hätte er jedoch nicht verbieten können. Der Bürgerentscheid ist ein Jahr rechtlich bindend. Politisch wird er diese Zeitspanne wohl überdauern. Im Herbst 2013 sind Landtagswahlen, im Frühjahr 2014 Kommunalwahlen.

## Protest nimmt zu

Erleben wir eine neue Dimension des Protests? Dieter Rucht vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung erklärte hierzu: „Proteste sind fester Bestandteil politischer Kultur und verändern sich nur langsam.“ Es gäbe kaum neue Grundformen des



Dieter Rucht: „Auch privilegierte und staatsnahe Gruppen neigen vermehrt zu Protesten“

Protestes, lediglich neue Variationen schon dagewesener Formen. Trotzdem könnte man vermerken, dass die Zahl der Proteste langfristig zunehmen würde. Auch privilegierte und staatsnahe Gruppen neigten vermehrt zu Protesten. Der Großteil der Proteste sei für die Bürgerschaft jedoch unsichtbar.

Die Medien spielten hier eine entscheidende Rolle. Neue Medien würden zwar intensiv genutzt, über sie fände jedoch kaum Überzeugungskommunikation – in Form von Mobilisierung weiterer Bürger – statt, meinte Rucht.

Partizipation und repräsentative Demokratie – passt das überhaupt zusammen? Ein Großteil der Forschung würde dies mit dem Argument bejahen, dass Partizipation schlichtweg ein Bestandteil der repräsentativen Demokratie sei und diese gut funktioniere, wie der Politikwissenschaftler Manfred G. Schmidt von der Universität Heidelberg erläuterte. Gleichwohl bestünden aber strukturelle Probleme, die durch das Spannungsverhältnis zwischen Repräsentation und Beteiligung entstehen würden. Schmidt machte folgende Probleme aus:

Es besteht die Gefahr der Verselbständigung: „Wer Macht delegiert, kann sie auch verlieren“. Die Verbindung zwischen Parteien und Bürgerschaft hat sich gelockert. Die Gruppe der „unzufriedenen Demokraten“ wächst. Diese Bürger sind im Grundsatz für die Demokratie, kritisieren jedoch deren tatsächliches Funktionieren.

Der Demos, die Staatsbürger in ihrer Gesamtheit, sei gespalten, weshalb der Bürgerwille ungleich und verzerrt widergespiegelt werde. Die unterschiedlichen Gruppen in der Gesellschaft sind zum einen die „Nichtteilnehmer“ (apathisch, uninteressiert mit geringen Erwartungen an die Politik) und die „Zuschauer“. Sie sind leicht zufrieden zu stellen, ihnen ist der Unterhaltungswert der Politik wichtig. Sie sind allerdings selbst kaum bereit zur aktiven Mitgestaltung. Dann gibt es noch den „Citoyen“, der durchaus Teilhabebereitschaft nicht nur bei Wahlen zeigt. Für ihn muss Politik verständigungsorientiert sein. Und schließlich existieren noch „Gladiatoren“: Sie sind sehr aktiv bis aktivistisch und stellen hohe Anforderungen an die Demokratie.

Die Demokratie werde zunehmend durch den „zweiten Souverän“ herausgefordert. Damit sind gemeint die Einflüsse der internationalen Ebene, vor allem durch Finanzmärkte, Banken, Globalisierung und Europäisierung.

Wie können nun diese Strukturprobleme behoben werden? Die Herausforderungen seien durchaus sehr komplex und bei zahlreichen Lösungsansätzen würden sich unerwünschte Nebenwir-

kungen abzeichnen. Kann man etwa den Parlamentarismus zu seinem Glück zwingen, indem man die Wahlpflicht einführt?

## Repräsentationskrise

„Es gibt kein Allheilmittel“, erklärte Schmidt. Der „zweite Souverän“ stelle seiner Ansicht nach die größte Herausforderung – wenn nicht eine Überforderung – für die repräsentative Demokratie dar. Regierung und Parlament müssten neuerdings zwei Herren die-

reichen Verantwortung durch Technik gerecht werden können. Information sei der entscheidende Faktor: „Bürgerbeteiligung in der Technologieentwicklung setzt Wissen voraus“, erklärte Catenhusen. Dies erfordere auch eine neue Form der Wissenschaftskommunikation. Während des Entstehungsprozesses einer Technologie müsse öffentlich diskutiert und kommuniziert werden. Nur dann sei der Bürger in der Lage, sich über Handlungsoptionen und Handlungsbedarf zu informieren – bevor es zu spät ist.



*Manfred G. Schmidt (rechts): „Der „zweite Souverän“ als größte Herausforderung für die repräsentative Demokratie. Wolf-Michael Catenhusen (links): Neue Form der Wissenschaftskommunikation erforderlich*

nen: dem Volk und den internationalen Finanzmärkten. Diese Zwickmühle könne eine zunehmende Exekutivorientierung der Politik begünstigen und Regierung wie Parlament in reine Vollzugsorgane ohne eigenen Entscheidungsspielraum verwandeln. „So weit ist es nicht“, beruhigte Schmidt: „Es gibt keine manifeste Krise der repräsentativen Demokratie. Aber es gibt Anzeichen für eine latente Repräsentationskrise.“

Lange Zeit herrschte eine gewisse Blindheit gegenüber den Auswirkungen neuer Technologien in der Gesellschaft vor. Dies änderte sich erst 1984 mit dem Aufkommen der Gentechnik, schilderte Wolf-Michael Catenhusen vom Deutschen Ethikrat und fragte, wie Staat und Gesellschaft der umfang-

Wissenschaft und Technologieentwicklung sind zugleich Produkte und Gestalter der Gesellschaft, sagte der Präsident der bei der Tagung kooperierenden Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger. Welche Interessen werden dabei wie gewichtet? Welche Werte gelten? Diese Fragen müssten berücksichtigt werden. Wichtig sei auch zu erkennen, dass das Wechselverhältnis zwischen Technik und Gesellschaft gestaltbar ist. „Technik darf sich nicht ereignen, sie muss ausgehandelt werden“, betonte Krüger. Dass sich möglichst viele Laien daran beteiligen, das sei die Aufgabe der politischen Bildung.

Leben zwischen Markt und Technik: Welche Maßstäbe sollen für unsere Lebenswelten gelten? Diesen Ethik-

diskurs führten Alois Glück, der frühere bayerische Landtagspräsident und jetzige Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, und Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. „Wer den Wachstumsbegriff aufgibt, gibt den Wohlstand auf“, betonte Brossardt. Deutschland habe dank der Stärke der deutschen Industrie die Wirtschaftskrise überwunden. Partizipationsgerechtigkeit und Wohlstandsverteilung müssten Leitlinien der Gesellschaft sein.

## Keine Technik-verweigerung

Technisch-wissenschaftlicher Fortschritt sei notwendig, um Herausforderungen wie den Klimawandel oder den Hunger in der Welt zu bewältigen. Man dürfe der Technik nicht verweigernd gegenüberstehen, sagte Glück. „Unsere heutige Art zu leben ist nicht zukunftsfähig“, warnte er. Die aktuelle Krise begründe sich in den gesellschaftlichen Werten. Werte bestimmen Leitbilder, Leitbilder prägen die Gesellschaft und diese schafft Prioritäten in

der Politik, sagte Glück. Soziale Marktwirtschaft sei wertorientiert. Man müsse wieder zu ihr zurückfinden. Dies könnten Politik und Wirtschaft ohne die Gesellschaft nicht leisten. Nur stark sein im Ablehnen bewirke nichts – Gesamtverantwortung sei das Stichwort.

Dass partizipative Technologieentwicklung in der politischen Praxis funktionieren kann, zeigten Sergio Bellucci vom Zentrum für Technikfolgen-Ab schätzung (TA-Swiss), und Ulrike Felt von der Universität Wien. „Technikfolgenabschätzung muss glaubwürdig sein“, unterstrich Bellucci. Der gesetzlich festgelegte Auftrag der TA-Swiss bestehe in der Beratung des Parlaments und der Einbeziehung der Öffentlichkeit. So würden Empfehlungen aus der Bürgerschaft für die Politik erarbeitet. Die Bürgerpanels dürften jedoch nicht als der „Volkswille“ missverstanden werden: Sie lieferten zwar eine breite Argumentationsbasis zum Für und Wider sowie zu möglichen Alternativoptionen, seien und können wesensgemäß aber nicht als repräsentativ erachtet werden. Insgesamt sei

die Einbindung der Bürger eine erfolgreiche Methode, lediglich die Teilnehmerge winnung gestalte sich nicht immer einfach.

Partizipation ist gut – darüber sei man sich einig, legte Felt dar. Sie warf aber auch zahlreiche Fragen auf: Wie gestaltet sich Partizipation? Wer nimmt teil? Darf man Personen ausschließen, die in der Sache bereits professionell engagiert sind? Wie verknüpft man Partizipation mit politischem Handeln? Und wann kommt es zur Partizipation? Darüber hinaus verwies Felt auf Diskrepanzen innerhalb der Bevölkerung. Verschiedene technologische Felder würden unterschiedlich gewertet: Die grüne Gentechnik lehne man vehement ab, während man Handystrahlen gelassen gegenüberstrete.

In einem waren sich alle Referenten einig: Eine frühe und damit rechtzeitige Einbindung der Bürgerschaft – in welcher konkreten Form auch immer – ist unabdingbar. Auch um Frustrationen – bei Bürgern wie Entscheidungsträgern – zu vermeiden. ■

*Carolin Dameris*



„Bürgerbeteiligung“

Zeichnung: Liebermann

# Bewährung in der Krise?

Die EU im Widerstreit zwischen Solidarität und nationalen Interessen

**E**uropa steht an einem Wendepunkt. Die prekäre Mischung aus aktuellen Gefährdungen und traditionellen Strukturproblemen nahm eine Tagung zum Anlass, um nach den weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der EU zu fragen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte über die europäischen Finanzprobleme nahm Irene Kögl von der Universität Passau die Grundlagen der Europäischen Integration in den Blick. „Woher kommt die Europäische Idee?“, fragte sie zunächst und stellte die in der Zwischen- und Nachkriegszeit entwickelten Pläne – unter anderem die von Aristide Briand und Jean Monnet – vor. Kögl führte die Teilnehmer daraufhin durch die verschiedenen Etappen der Entwicklung der Einigung Europas, bevor sie die aktuelle Situation analysierte. Sie kam zu dem Ergebnis, dass die heutige Struktur der EU der Prozesshaftigkeit ihres Entstehens geschuldet ist. Insbesondere diagnostizierte Kögl eine steigende Diskrepanz zwischen der institutionellen Form der EU und den wachsenden Anforderungen an ihre Problemlösungsfähigkeit.

## Blasenökonomien

Den Turbulenzen in der Eurozone widmete sich Hansjörg Herr von der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Eine gut funktionierende Währungsunion ohne politische Union habe sich als Illusion erwiesen. Es hätten sich „Blasenökonomien“ entwickelt, wie die Immobilienblasen in Spanien, Griechenland und Irland, deren seinerzeitiges Wachstum kreditgetrieben gewesen sei. Auch die exportgetriebene Überschussökonomie in Deutschland sei eine der Ursachen für die krisenhafte Entwicklung innerhalb des Euro-Raums. Herr beachtete insbesondere die Lohnentwicklungen: In Deutschland seien die Lohnerhöhungen zu gering gewesen, in den jetzigen Krisenländern dagegen zu hoch. Mit dem relativ geringen Wachstum

in Deutschland sei die Zahl der Importe gering und führe zu Leistungsbilanzungleichgewichten in der Europäischen Währungsunion (EWU). Um die Probleme langfristig lösen zu können, plädierte Herr für eine stärkere Integration der EWU, eine abgestimmte Lohnentwicklung, Mechanismen zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte und weitergehende fiskalische Koordinaten.

nen über Stärken und Schwächen des europäischen Projekts generell aufgeworfen – mit der Folge der Abwahl zahlreicher Regierungen und Protesten auf den Straßen. Auch rechtspopulistische Parteien könnten mit ihrem Europa-Skeptizismus Erfolge erzielen, wie etwa die Partei „Wahre Finnen“, die bei den Wahlen 2011 aus dem Stand auf 20 Prozent der Stimmen kam.

Sven Bernhard Gareis vom George C. Marshall Center in Garmisch-Partenkirchen sprach über die Suche nach einer gemeinsamen Außenpolitik für den Mittelmeerraum. Er nahm dazu den Umgang mit dem „Arabischen Früh-



Ein Schauplatz der europäischen Schuldenkrise: die Frankfurter Börse  
Foto: wikipedia commons

Eine andere Frage des inneren Zusammenshalts der Europäischen Union beleuchtete Florian Hartleb vom Centre for European Studies in Brüssel. Gibt es eine Tendenz der Renationalisierung in Europa? fragte er. Als Indikatoren konstatierte er Probleme wie Migration (Furcht vor dem Islam), die neue patriotisch-nationalistisch gefärbte Verfassung in Ungarn und mögliche Auswirkungen der Finanzkrise. So habe die Euro-Krise in den betroffenen Ländern tiefgreifende Diskussio-

ling“ in den Blick. Europa habe im Vorfeld des Arabischen Frühlings auf die falschen Spieler gesetzt, nämlich auf Diktatoren und Potentaten, die Stabilität versprachen, sagte er. Gareis plädierte für eine „inklusive Mittelmeerpolitik“, die den Spezifika der einzelnen Länder Rechnung trägt. Auch „die zweite Reihe“ hinter den Mittelmeerstaaten müsse beachtet werden, zum Beispiel Mali, Nigeria und Mauretanien. Hier drohten „unkontrollierbare Räume“ mit riesigen Problemen.

■ Gero Kellermann

# Schulden ohne Grenzen?

## Europäische Perspektiven im Schatten der Euro-Krise

Seit mehreren Jahrzehnten erlebt die Weltwirtschaft im Zuge einer weitgehenden Deregulierung der Kapitalmärkte eine beängstigende Geldexpansion. Zwar bleibt die Inflation unter Kontrolle, doch geradezu regelmäßig platzen Kreditblasen. Die Folgen sind gravierende Anpassungskrisen mit enormen Wohlstandsverlusten und sozialen Verwerfungen. Nach dem Zusammenbruch der Lehman-Bank 2008 sind wir Zeugen der schlimmsten Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise seit 1945. Gigantische Summen werden eingesetzt, um einen Niedergang der Weltwirtschaft wie in den 1930er Jahren zu vermeiden. Die Geldmenge expandiert, Schulden werden durch weitere Schulden bekämpft. Wie lange kann das noch gut gehen? Steuert das „goldene“ Zeitalter des billigen Kredits seinem Ende zu?

Wolfgang Wiegard – von 2001 bis 2011 einer der fünf Wirtschaftsweisen – prognostizierte, dass sich die deutsche Konjunktur 2012 vorüber-



Wolfgang Wiegard rät Deutschland:  
Inlandsinvestitionen stärken  
Fotos: Haas

gehend abschwächen werde, weil vor allem die Zuwachsraten der eminent wichtigen Handelspartner in Osteuropa und Ostasien zurückgingen. Die Lage bleibe hierzulande wegen bisher moderater Tarifabschlüsse, Restrukturierungen in Unternehmen und der Wirtschaftspolitik früherer Regierungen – von Agenda 2010 bis zur Schuldensremse – weitgehend stabil. Für 2013 sieht er wieder ein höheres Wirtschaftswachstum.

Der Bundesregierung empfahl Wiegard: Erst die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und Bewältigung der Schuldenkrise, dann alle anderen Reformvorhaben anpacken.

### Schmerzmittel reichen nicht

Wenn die Ursache der europäischen Schuldenkrise nicht konsequent bekämpft werde, so Wiegard, „dann hel-

fen die Schmerzmittel (Aufkauf von Staatsanleihen und Liquiditätsflutung) der Europäischen Zentralbank bald nicht mehr“. Das gelte besonders für Portugal, Spanien und Italien, die auf einen langfristigen Konsolidierungspfad einschwenken und die Güter- und Arbeitsmärkte flexibilisieren müssten.

### Griechenland bankrott

Die Europäische Währungsunion wird nach Wiegards Meinung nicht auseinanderbrechen. Ein Ausscheiden Griechenlands sei aber nicht ausgeschlossen, denn das Land sei de facto bankrott. Entscheidend für das Überleben der Währungsunion sei zudem, dass die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften angeglichen werde. Für Deutschland bedeute dies: Inlandsinvestitionen stärken. Starkes Lohnwachstum sei nicht zu empfehlen, weil dadurch sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft gegenüber den Ländern außerhalb der Eurozone verschlechtern würde. Für



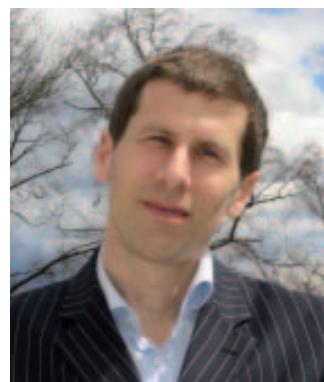
„Regierungserklärung“

Zeichnung: Tomicek

die EU-Südländer seien dagegen Strukturreformen und sinkende Reallöhne notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und die Leistungsbilanzdefizite abzubauen.

Ein Jahr umsonst arbeiten, dann wäre die ganze Welt schuldenfrei, erklärte Holger Zschäpitz. Der Wirtschafts- und Finanzredakteur der Tageszeitung „Die Welt“ stellte der Euro-Zone kein gutes Zeugnis aus: Aktuell würden sich 24 der 27 EU-Mitgliedsstaaten in Defizitverfahren befinden – ohne Aussicht auf Besserung. Die Euro-Zone kämpfe mit einem grundsätzlichen Glaubwürdigkeitsproblem, meint Zschäpitz. Dabei hätte der Stabilitäts- und Wachstums- pakt das Potenzial, um für wirtschaftliche Stabilität zu sorgen – wenn man ihn denn in der Vergangenheit konsequent angewendet hätte. Deutschland sei 2002/2003 mit schlechtem Beispiel vorangegangen, als es die Referenzwerte für eine Neuverschuldung überschritten hätte. Statt konsequenter

Konsolidierung habe man einen neuen Pakt mit Frankreich ausgehandelt, um dem Blauen Brief aus Brüssel zuvorzukommen. Ein Dammbruch, der sich später rächen sollte.



Holger Zschäpitz: Explodierende Staatsverschuldung nicht mehr unter Kontrolle

unter Kontrolle. Die zunehmende Monetarisierung der Schulden durch die Zentralbanken hätte langfristig mehr Inflation zur Folge.

## Historische Vergleiche hinken

Seit der Finanzkrise 2008 werden immer wieder historische Parallelen zur Weltwirtschaftskrise 1929 gezogen. Der Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe hielt in seinem Vortrag solche Vergleiche für problematisch, denn die jetzige Krise passe eher in den konjunktuellen Zyklus von Wirtschaftskrisen



Jens Bastian: „Jede einzelne griechische Bank ist insolvent“

nicht aus. Vielmehr sei eine dreigliedrige Lösung gefragt. Internationale Finanzhilfen, Task Force und vor allem Griechenland selbst müssten zusammenwirken. Und dabei gäbe es keine Erfolgsgarantie. Denn ein großes Problem stellten Klientelismus, Korruption und die Rekapitalisierung der Banken dar. „Jede einzelne griechische Bank ist insolvent“, erklärte Bastian.

Griechenland befindet sich mittlerweile im fünften Jahr der Wirtschaftskrise. Die soziale Lage sei prekär, jeder zweite Jugendliche arbeite nicht. Doch auch mit Arbeit sei der Lohn nicht sicher, die Zahl der „Wutbürgern“ groß.

„Griechenland steht vor dem Abgrund“, meinte Bastian, „jetzt ist die Mitte der Gesellschaft gefragt, nach dem Motto: Alle zusammen schaffen wir es.“ Tatsächlich entstünden Basisbewegungen zur Selbsthilfe: Die Kartoffelbewegung (eine Initiative, die Zwischenhändler ausschaltet und somit den Verkaufspreis senkt) hätte sich auch auf das Olivenöl übertragen. Ansätze des notwendigen Mentalitätswechsels seien vorhanden. So könne die Krise als Katalysator funktionieren.

## Neue Ansätze

nach dem Zweiten Weltkrieg. Die expansive Geld- und Fiskalpolitik überdeckte eher die strukturellen Probleme der Staatshaushalte und die Defizite der Finanzmarktregelung. Die Probleme würden deshalb eher verschärft, ohne dass es zu einer langfristigen Konsolidierung komme.

Auch der Finanzmarktexperte Hans-Peter Burghoff von der Universität Stuttgart Hohenheim bemängelte die unzureichende Finanzmarktregelung. Höhere Eigenkapitalanforderungen seien zwar jetzt mit dem Basel III-Abkommen vereinbart, doch bliebe völlig offen, ob die USA diese Vereinbarung mittragen würden.

## Keine Erfolgsgarantie

Jens Bastian von der „Task Force Greece“ der Europäischen Kommission machte klar: Um Griechenland aus der Krise zu holen, reichen Kredite

## Steigende Inflation

Auch die Europäische Zentralbank (EZB) habe massiv an Glaubwürdigkeit verloren, da sie die „Non-Bail-Out“ Klausel missachtet und massiv Staatsanleihen (von ca. 217 Milliarden Euro) aufgekauft habe. „Außerdem erhalten Banken Subventionen für den Erwerb von Staatsschuldentitel“ – so der „Welt“-Redakteur. Genau hierin sieht Zschäpitz eine indirekte Banken- und Staatsunterstützung. Sie sei notwendig geworden, weil Sanierung und Neuregulierung des Bankensektors zu langsam voranschritten. Er endete mit einem düsteren Ausblick: Die explodierende Staatsverschuldung bekomme man auf solider Grundlage nicht mehr

Force Greece könne der griechischen Regierung nur technische Expertise bei der Durchführung der Strukturreformen bieten. Weisungsbefugnis habe sie jedoch keine.

## Preis der Euro-Rettung

Was kostet die Euro-Rettung? Bewusst hatte Gerhard Illing von der Universität München seine Fragestell-

lung gewählt – es geht um die politischen Folgen und die ökonomischen Kosten, die aus (k)einer Rettung entstehen könnten. Die Kosten einer Auflösung der Euro-Zone seien immens, denn Deutschland würde nicht nur das schon in die Rettungsaktionen investierte bzw. verbürgte Geld verlieren, sondern hätte dann auch mit einer massiven Aufwertung der neuen, alten D-Mark zu kämpfen. Die stark exportab-

hängige deutsche Wirtschaft würde einbrechen. Dies würde noch durch einen weltwirtschaftlichen Schock verstärkt, der infolge der Euro-Auflösung zu erwarten wäre.

Aber auch die Euro-Rettung hat ihren Preis: Einheitliche Institutionen und eine zentralisierte Fiskalpolitik seien für den Erfolg einer Währung ausschlaggebend. Die Abgabe nationaler Sou-

## Dominanz der Ökonomie

„Das Gespenst des Kapitals“ war der Titel einer während der Tagung von BR alpha aufgezeichneten Podiumsdiskussion zwischen dem Literatur- und Kulturwissenschaftler Joseph Vogl und Marc Beise, dem Leiter der Wirtschaftsredaktion der Süddeutschen Zeitung. Im Kern drehte sich die Diskussion um Vogls gleichnamiges und vielbeachtetes Buch, das die Frage behandelt, warum die ökonomische Wissenschaft in unserer Gesellschaft so dominiert und über unsere Geschicke entscheidet.

Vogl zog einen großen wissenschaftsgeschichtlichen Bogen von den Ursprüngen der Volkswirtschaftslehre bis hin zu den gegenwärtigen Theorien. Letztere versuchten nicht nur die Welt zu erklären, sondern würden das ökonomische Geschehen und seinen ordnungspolitischen Rahmen zunehmend bestimmen.

„Gespenster sind eigentlich untote Wesen aus der Vergangenheit. Das Gespenst des Kapitals kommt jedoch aus der Zukunft“, so erklärt Vogl seinen Buchtitel. Im Finanzkapitalismus handele man letztlich Erwartungen über zukünftige Entwicklungen, die in Form von verschiedenen Derivaten zu ungeheuren Summen „gehebelt“ würden. Platzten diese Erwartungen, dann

beginnt das Gespenst sein zerstörerisches Werk in der Gegenwart. Der Finanzsektor drohe zu kollabieren und bald werde die Realwirtschaft getroffen. Genau das sei 2008 in der Finanzkrise passiert.



Büchertausch: Joseph Vogl, Moderator Wolfgang Quaisser und Marc Beise (von links)

Auch die wirtschaftlichen Akteure, d.h. Unternehmer und Banker, seien nachdenklicher geworden, doch wirkliches Umdenken finde nicht statt und Lernprozesse vollzogen sich zu langsam. „Der Kapitalismus lebt jedoch von Suchprozessen“, erklärte Beise. Vielfach würden rationale Entscheidungen zu Irrationalität führen. Das kann nur aufhören, wenn Erfolg und Misserfolg wieder von einem Akteur getragen werden, d.h. das Haftungsprinzip wieder voll durchgesetzt werde. Am Ende blieb Beise optimistisch: „Das System ist stabilisierbar“.

Wer vermutet, dass Vogl radikale Kapitalismuskritik vorstellte, irrt. „Kapitalismus geht immer weiter“, meint er. „Es ist ein System, das leckt und tropft, aber es kann nicht von selbst zu Ende gehen.“ Es gelte aber, der Ökonomie die Deutungshoheit über nahezu alle Lebensbereiche zu entziehen.

Marc Beise wies kritisch darauf hin, dass die Wirtschaftswissenschaften auf keiner einheitlichen Theorie basierten, sondern unterschiedliche Strömungen seien von Anfang an ihr wesentliches Merkmal. Gerade jetzt nach der Krise würden traditionelle Paradigmen überdacht und neu ausgerichtet.

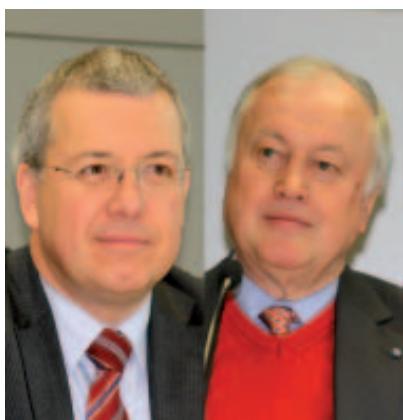
Instabil ist im Moment aber der Euro, doch sollte er, so der Wirtschaftsredakteur, auf jeden Fall beibehalten werden. Zentral sei die Lösung der überbordenden Verschuldung. „Inflation kann einen Teil des aktuellen Problems lösen, jedoch zu einem hohen, höchst unsozialen Preis.“

Joseph Vogl verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass die währungspolitische Anormalität, dass der Euro an keinen souveränen Staat gebunden sei, langfristig nur schwer aufrechtzuerhalten sei. Weitere politische Integrationsschritte müssten folgen, um die gemeinsame Währung zu stabilisieren. ■WQ

veränität ist den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union aber schwer zu vermitteln. Zudem müsse man auch „automatische Stabilisatoren“ (letztlich Transferleistungen) einführen, um regional unterschiedliche Konjunkturbewegungen abmildern zu können. Denkbar wären wie in den USA beispielsweise eine europaweite Arbeitslosenversicherung zumindest auf einem niedrigen Basisniveau oder spezielle Investitionsprogramme, um die jeweilige Wirtschaft anzukurbeln.

## Strenge Regeln nötig

Wieviel Europa brauchen wir? Dies war die zentrale Frage, um die sich die abschließende Podiumsdiskussion mit dem Europa-Parlamentarier Markus Ferber (CSU), Ludwig Stiegler (ehemaliger Bundestagsabgeordneter der SPD), Hartmut Bechtold (True Sale International) und Martin Hüfner (Chef-



*Uneins über die Vereinigten Staaten von Europa: Markus Ferber und Ludwig Stiegler (rechts)*

volkswirt Assenagon) drehte. Mehr Aufsicht auf EU-Ebene, mehr gemeinsame Spielregeln und eine strengere Regulierung der Finanzmärkte sind unbedingt nötig – da waren sich die politischen Kontrahenten Markus Ferber und Ludwig Stiegler einig. Beide hoben trotz Kritik an dem Gebaren der Finanzmärkte die zentrale Bedeutung des Bankwesens für die Marktwirtschaft hervor.

Dagegen nahm Martin Hüfner die Politik nicht in Schutz. Die Finanzmarktregelung sei bereits 2008/2009 das brennende Thema gewesen, heute gehe es indes primär um die Rettung

des Euro. Hiermit beschäftigte sich die Politik seit zwei Jahren pausenlos und habe zwei Billionen Euro dafür in die Hand genommen. „Und was ist passiert? Alles ist noch viel schlimmer geworden. So ein Politikversagen habe ich noch nie erlebt!“ Wer eine monetäre Union wolle, müsse auch die politische wollen, dafür das Grundgesetz



*Martin Hüfner: „So ein Politikversagen habe ich noch nie erlebt!“*

ändern und das Volk befragen. Das andere Extrem: Ausstieg aus dem Euro und Wiedereinführung der D-Mark. „Dazwischen gibt es nichts“, meinte der Volkswirt.

Ähnlich argumentierte Hartmut Bechtold, der in den Staatsschulden das größte Problem der gegenwärtigen Krise sah: „Es kann keine Glaubwürdigkeit entstehen, wenn die gesamten Schulden der Hauptindustrieländer viermal so hoch sind wie ihre Wirtschaftsleistung.“ Das fehlende Handeln der Politik gleiche die Europäische Zentralbank seit langem aus – doch

auch das Vertrauen in deren Leistungsfähigkeit werde schwinden, wenn sich an der Politik nichts ändere.

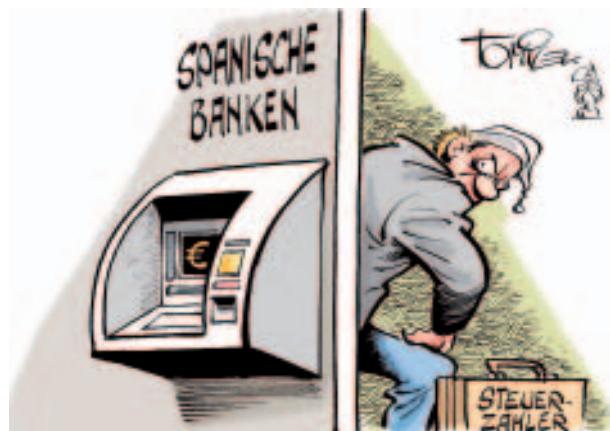
Solch herbe Kritik kann ein Parlamentarier natürlich nicht auf sich und seinen Kollegen sitzen lassen. Der Europa-Abgeordnete Markus Ferber meinte, die Politik habe in den vergangenen Jahren viel dazugelernt und sich nicht von überzogenen und überschnellen Erwartungen der Finanzwelt blenden lassen. „Wir brauchen keine Kriegsrhetorik und keine Lösungen bis Börsenbeginn, sondern eine ruhige und realistische Herangehensweise.“

## Vergemeinschaftung der Schulden

Kalte Rationalität, eine gemeinsame Währung und starke Institutionen seien auch nach Ansicht Ludwig Stieglers konstitutiv für ein zukunftsfähiges Europa und eine funktionsfähige Währungsunion – schon allein, um gegen die Machtzentren in Asien und Amerika zu bestehen. Warum nicht gleich eine Art Vereinigte Staaten von Europa, um die Krise in den Griff zu bekommen und sich für die Zukunft zu rüsten? Dies lehnte Markus Ferber rundherum ab und sagte: „Nur um Schulden zu vergemeinschaften, gründet man keinen Staat.“ Entscheidend seien klare Regeln und Strafen in der europäischen Finanz- und Haushaltspolitik – und dass dieses sich Herausreden wegen angeblicher Notsituations ein Ende habe. ■

*Carolin Dameris / Sebastian Haas / Wolfgang Quaisser*

*(Siehe Presseschau Seite 32/33)*



*„Europäischer Geldautomat“*

*Zeichnung: Tomicek*

# Die afrikanischen Krankheiten

## Wenige Gründe für Optimismus und Zuversicht

**A**illes, was Du über Afrika weißt, ist richtig – das Gegenteil aber auch. Diese Erkenntnis gewannen die Teilnehmer der Tagung „Politische Umwälzungen und Bürgerkriege in Afrika“\*. Stark geprägt durch die Diskussion in den Medien lässt sich gegenüber Afrika derzeit vordergründig die Assoziation „Arabischer Frühling“ festmachen. Diese Demokratisierungswelle betrifft jedoch nur den Norden eines Kontinents, der neben aller geografischen Schönheit an Bürgerkriegen, Hungersnöten, Dürren und Seuchen und strukturellen Problemen leidet. Exemplarisch wurden der Tschad, der Kongo, Somalia, Simbabwe und Südafrika beleuchtet. Acht namhafte Referenten kamen dafür an die Akademie, die den Teilnehmern diese afrikanischen Länder aus wissenschaftlicher Sicht näher brachten und dazu ihre persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen schilderten.

„Der Tschad ist ein Land der Gegensätze“, erklärte Helga Dickow vom Arnold-Bergstraesser-Institut. Im muslimisch-arabisch geprägten Norden leben Nomadenstämme, der christlich-

einer Umfrage heraus. Dieses Ergebnis erklärte sie jedoch mit *wishful thinking* und der Kriegsmüdigkeit im Tschad – seit 20 Jahren herrscht dort Bürgerkrieg.

Ob der Funke des Arabischen Frühlings auch auf den Tschad überspringen könnte? „Die Bevölkerung ist mit dem Überleben beschäftigt, die Armut der Bevölkerung ist ein Unterdrückungsinstrument“, schilderte Dickow. Oft sei die einzige Möglichkeit für ein geregeltes Einkommen eine Anstellung im Beamtenapparat – und da sei Konformität mit der Regierung gefragt.

*Helga Dickow: „Armut der Bevölkerung ist ein Unterdrückungsinstrument“*  
Foto: Dameris

afrikanisch geprägte Süden ist städtisch und vergleichsweise gut erschlossen. Dazu kommen mehr als 120 Ethnien. „84 Prozent der Einwohner des Tschads glauben, dass Kooperation und Frieden zwischen den ethnischen Gruppen möglich ist“, fand Dickow in

„Nach der Unabhängigkeit 1960 gab es im Kongo einen ausgebildeten Arzt und circa 30 Personen mit Hochschulabschluss“, erklärte Judith Vorrath von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Der Zentralstaat war nicht funktionsfähig. Dies führte zu ethnischen und sozialen Spannungen, begleitet von

einem wirtschaftlichen Niedergang, der bis in die 1980er Jahre andauerte. Dieser Absturz ist zum Großteil dem damaligen Präsidenten Mobutu zuzuschreiben: 1992 wurden 95 Prozent der Staatsausgaben für den Erhalt seines Lebensstils ausgegeben. Dem ersten Kongo-Krieg (1996-1997), der zu Mobutus Sturz führte, folgte 1998 der zweite Kongo-Krieg, der fünf Jahre andauerte.

Durch die breite Beteiligung afrikanischer Staaten (insgesamt neun) wird der zweite Krieg oft als „Afrikanischer Weltkrieg“ bezeichnet. Der Kongo und Ruanda könnten aber als Hauptakteure ausgemacht werden, sagte Vorrath. 2007 kam es zu einer gemeinsamen Sicherheitsstrategie von Ruanda, Burundi, dem Kongo und Uganda. Aktuell hätte sich die Lage entspannt. Trotzdem: Mit einem letzten Platz beim Human Development Index (HDI) und



Bewaffnete Rebellen im Bürgerkrieg in Somalia  
Fotos: wikipedia commons

Platz 168 von 182 auf der Welthitliste der Korruption wird man sich in den kommenden Jahren kaum zurücklehnen können.

Auch in Somalia herrscht seit mehr als 20 Jahren Bürgerkrieg. Angesichts der religiösen und ethnischen Homogenität der somalischen Bevölkerung fragt man sich: Woher kommt diese Gewalt?

\* in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Helmut Hess, Leiter der Afrika-Abteilung von Brot für die Welt, klärte auf: Zwar findet man in Somalia keine ethnische oder religiöse Vielfalt, man differenziere aber nach Clans. Seit 1991 ist es nicht gelungen, eine gemeinsame Regierung hervorzu bringen. „Die Konflikte innerhalb des Landes sind größtenteils von außen verursacht worden“, berichtete Hess. Die politische Situation könne gut mit der Lage in Afghanistan verglichen werden. Internationalen Konferenzen, wie der in London im Februar 2012, fehle die Stimme der Somalis. Die Bevölkerungsgruppe, die über 90 Prozent des Landes herrsche, hätte man nicht eingeladen – geschweige denn angehört. „Man muss mit den Somalis nicht über sie sprechen“, kritisierte Hess. Der einzige Hoffnungsschimmer in Somalia scheint Somaliland. Der weitgehend unabhängige Nordteil verfügt über funktionierende Strukturen und gilt als relativ stabil. Für den Rest des Landes gäbe es aktuell keinen Grund zur Zuversicht.

## Hungersnot im Brotkorb

Simbabwe, der einstige „Brotkorb Afrikas“ ist heute ein zerrissenes Land, das seine Bevölkerung nicht ernähren kann. 2007 begann eine Inflation, die ein Jahr später in Hyperinflation mündete. Die Missionsschwestern Ingrid Geissler und Praxedis Becker berichteten aus und über Simbabwe. Becker, die als Direktorin an einer Mädchenschule arbeitete, verdiente zu diesem Zeitpunkt 23 Millionen simbabwische Dollar: „Davon konnte ich sieben Tomaten, zwei Zwiebeln und zwei Laib Brot kaufen.“ Im April 2009 suspendierte die Regierung den simbabwischen Dollar und führte als Zahlungsmittel ausländische Währungen wie den US-Dollar und den Euro ein. Warum steht das Volk nicht auf? „Es wird systematisch zum Schweigen gebracht“, erklärte Geissler. Mugabe möchte um jeden Preis an der Macht bleiben, um seine Immunität zu wahren.

„Südafrika ist eine Ausnahme südlich der Sahara“, berichtete Martin Pabst von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. 26 der 30 größten Wirtschaftskonzerne Afrikas haben dort ihren Sitz, 1967 fand in Kapstadt die erste erfolgreiche Herztransplantation am Menschen statt. Diese Errungenschaften gehören zu Südafrika – genauso wie die zahlreichen

Ist Südafrika nun ein Schwellen- oder Entwicklungsland? Die schwarze Mehrheitsbevölkerung, die Buren und internationale Finanzinteressen beeinflussen die Geschicke Südafrikas nachhaltig. Dieses Trio kann sich zu einem goldenen Dreieck zusammenfügen, erklärte Pabst. Bei gegenläufigen Interessen sorge diese Konstellation jedoch für Sprengstoff.



Gegner des Mugabe-Regimes demonstrieren 2006 vor der Botschaft Simbabwes in London

Missstände: Jeder zweite Jugendliche ist arbeitslos und im Jahr der Herztransplantation hatten 16 Millionen Südafrikaner keinen Zugang zu Trinkwasser. Korruption, Kriminalität und eine sehr schlechte Bildungssituation gehören ebenfalls zu dem Staat an der afrikanischen Südspitze.

## Vorbild Südafrika

Südafrika gilt mit seiner erfolgreichen Transformation zur Demokratie, der unabhängigen Justiz und der weitgehenden Meinungsfreiheit als politisches Vorbild in der Region. Martin Pabst meint: „Südafrika kann als Ankerstaat funktionieren.“ Die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Lebensbedingungen seien dafür unumgänglich. Sollte sich unter der Regierung von Präsident Zuma daran nichts ändern, prophezeit der südafrikanische Wirtschaftsjournalist Moeletsi Mbeki bereits: „2020 comes Tunisia Day for South Africa.“ ■

Carolin Dameris / Anja Opitz



Das Kap der Guten Hoffnung – die Südspitze Afrikas

# Vom Hörmedium zum multimedialen Alleskönnner

Bei den 9. Tutzinger Radiotagen wird viel über Bilder gesprochen

**D**ie Bilder haben das Radio erobert. Aus dem reinen Hörmedium, das vor 90 Jahren zum ersten Mal in Deutschland ausgestrahlt wurde, ist in der digitalen Welt ein Multi-Medium geworden, das auf allen verfügbaren technischen Wegen und Kanälen verbreitet wird. Trimediales Arbeiten ist für Hörfunker tägliche Routine geworden. Welche neuen Möglichkeiten tun sich fürs Radio und seine Macher dabei auf? Und wo bleibt die Qualität? Und wie verbindet man die Stärken von gestern mit den Themen von morgen? Das waren zentrale Fragen bei den 9. Tutzinger Radiotagen\*. Zum ersten Mal dabei: Studierende des Studiengangs Online-Journalismus an der Hochschule Darmstadt mit den Leitern Friederike Herrmann und Peter Seeger, die die Tagung als TutzingFM (<http://www.bpb-tuttingfm.de/>) live und multimedial begleiteten.

Fiskalpakt, Schuldenbremse, Eurokrise – wer versteht noch was und hört bei diesen Radionachrichten noch zu? „Wer einfach formuliert, braucht Mut“, findet Christoph Ebner, Nachrichtenchef beim Südwestrundfunk (SWR) in Baden-Baden. Häufig falle dann der Vorwurf der Primitivität. Für Ebner ist es wichtig, die Meldungen nicht mit Inhalten zu überfrachten\*\*. Je schwieriger ein Text sei, umso wichtiger werde die Rolle einer Sinn vermittelnden Sprache.

## Schnell vergessene Nachrichten

So sieht das auch die Sprechwissenschaftlerin Ines Bose von der Universität Halle-Wittenberg. In zahlreichen Forschungen hat sie herausgefunden: Von Radionachrichten wird nur wenig behalten. 75 bis 80 Prozent der Themen werden schnell wieder vergessen. Allerdings: „Wenn gut und Sinn vermittelnd gesprochen wird, steigen die Chancen fürs Behalten.“ Ihre Kritik an

den Nachrichtenmachern: „Schreiben und Sprechen wird zu wenig als Einheit gesehen.“

Dietz Schwiesau, Nachrichtenchef beim Mitteldeutschen Rundfunk in Magdeburg, kritisiert die eigene Zunft und zitierte den Medienforscher Erich Straßner, der schon vor 40 Jahren feststellte: „Vor der Information steht ein Zaun von Sprache, der das Verstehen unmöglich macht. Da es praktisch kein systematisches Archiv für Hörfunknachrichten gibt, hat Schwiesau die „Nachrichtenarche“ gegründet. Seit 2003 werden die 17.00 Uhr-Nachrichten der ARD-Anstalten vom 11. November gesammelt. Das Material dient der Forschung und zeigt Entwicklungen der Nachrichtensprache auf.

## Kreative Experimente

Generell präsentieren sich Radionachrichten als statisch, da sie sich stark an Gepflogen- und Gewohnheiten ausrichten, sagte Schwiesau. Deshalb durf-

ten die Teilnehmer im Nachrichten-Workshop frei und kreativ experimentieren. Mit aktuellem Material der dpa bauten sie eine 17-Uhr-Sendung für einen bundesweiten Rock-und-Pop-Sender mit der Zielgruppe der 20- bis 40-Jährigen.

Zur Qualitätssteigerung und -sicherung brauchen Redakteure und Reporter eine Rückmeldung über ihre Arbeit. Roland Wagner ist Journalist und Feedback-Trainer beim SWR in Baden-Baden und meint: „Objektives Feedback ist nicht möglich. Die gleiche Aussage kann völlig verschiedene Wirkungen haben.“ Ist gutes Feedback deshalb unmöglich? Nein, sagt Wagner. Es müsse nur beschreibend und dürfe nicht wertend sein, es muss Perspektiven-Vielfalt bieten, vorbereitet sein und festgehalten werden.

## Transparenz und Fairness

Wolfgang Spang hat das Monitoring und Feedbackprozesse beim Hessischen Rundfunk in Frankfurt entwickelt und sieht es als ein sehr empfindliches Instrument für die Analyse und Evaluation von Programm und Personen. Aus dem Feedback heraus würden dann Fortbildungsprogramme entwickelt. Wichtig seien Mitarbeiterorientierung, Transparenz und Fairness: „Keiner soll über den Tisch gezogen werden.“

Feedback über Hierarchiegrenzen hinweg sei notwendig und möglich: „Feedback darf nicht zum Herrschaftsinstrument des Chefs werden.“ Auch hier gilt: keine Theorie ohne Praxis. Im Workshop wurden mitgebrachte Programmbeispiele der Teilnehmer unter die Feedback-Lupe genommen.

\* In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

\*\* siehe dazu auch die nachfolgende Glosse

## Die geschraubte Sprache schlecht formulierter Nachrichten

Hamburg. Die internationalen Mineralölkonzerne haben erneut an der Preisschraube gedreht. Preisfrage: Haben Sie eine Preisschraube an Ihrem Wagen? Ich bin Opel-Fahrer und daher Mitleid gewöhnt. Aber nicht mal Opel bietet Preisschrauben als Zubehör an. Preisschrauben gibt es nur in der geschraubten Sprache schlecht formulierter Nachrichten. Die Nachricht heißt also besser: Sprit ist teurer geworden. Und die Spitzmarke Hamburg hilft uns auch nicht weiter. Denn: Hand aufs Herz – wann haben Sie zuletzt in Hamburg getankt? – Hamburg als Spitzmarke? Eher Humbug.

Die Welt ist kompliziert. Keine Frage. Und mit Sätzen, mit Meldungen, mit Sendungen, die sich unwahrscheinlich kompetent-kompliziert anhören, machen wir sie noch schwieriger. Wer hingegen einfach formuliert, muss Mut haben und Mut zeigen. Denn er läuft Gefahr, dass ihm vorgeworfen wird, primitiv zu formulieren – vor allem von den eigenen Kolleginnen und Kollegen.

Und: Wir wollen Informationen richtig wiedergeben. Das macht es noch

schwieriger, einfach zu formulieren. Wer sich diesen Gefahren nicht aussetzen will, nimmt einfach einige Begriffe, die jeden Tag durchs Land geistern: der Fiskalpakt, der Vertrag von Maastricht, die Schuldenbremse, der Vermittlungsausschuss, die Kommunalverfassung, die Fünf-Prozent-Hürde, das Quorum – beliebig ergänzbar.

Oder er lässt in einer Meldung Hans-Werner Sinn vom Ifo-Institut mit Dirk Meyer von der Helmut-Schmidt-Universität darüber streiten, wie sinnig oder unsinnig Eurobonds sind. Dann weiß der Hörer eines: Dass er nichts weiß. Dem Hörer kommen die Tränen. Nicht weil er am Radio verzweifelt, sondern weil er Zwiebeln schneidet! Das ist eine keineswegs unübliche Beschäftigung beim Radiohören. Denn die Radiogemeinde versammelt sich nicht nach der Lektüre mehrerer Tageszeitungen zur weiteren Informationsaufnahme an den Geräten. Sie schneidet Zwiebeln, kocht Spaghetti, schaltet vom vierten in den fünften Gang, portioniert Tabletten für Herz-Patienten oder versucht mühevoll, die Zahnzwischenräume zu reinigen. Und in der Kulturmeldung höre ich zur sel-

ben Zeit, wie ein Herr Friedmann nach „hellbraunen Assoziationen“ im neuen Werk von Thilo Sarrazin sucht. Und ich höre, wie die fünf Tore im Sonntagsspiel der Fußball-Bundesliga fallen. Eigentlich in 90 Minuten. In den Nachrichten aber in einem Satz. Jeweils ausgestattet mit Name, Vorname und geografischer Herkunft der glücklichen Torschützen. In der Regionalmeldung höre ich, dass der Glan Hochwasser führt. Bisher wusste ich nicht, dass der Glan überhaupt Wasser führt, geschweige denn wohin.

Deshalb: Weniger voraussetzen, Meldung nicht mit Inhalten überfrachten, mehr erklären. Das geht nur sprachlich.

Ich werde gefragt: „Machen Sie nur Nachrichten?“ Antwort: „Wenn Sie ‚nur‘ im Sinne von ‚ausschließlich‘ verstehen? Ja.“ Radionachrichten, die ins Ohr gehen, machen Mühe. Denn sie setzen sich komplett von dem ab, was uns als Ausgangsmaterial vorliegt. Sprachlich, nicht inhaltlich. ■

*Christoph Ebner (Nachrichtenchef beim SWR Baden-Baden)*

Das Smartphone ist als Reportergerät in den Redaktionen angekommen. Daniel Fiene ist Redakteur bei Antenne Düsseldorf hat damit schon mehrere Beiträge für verschiedene Sender produziert – mit Bild und Ton.

### Smartphone-Reporter

Die Möglichkeit, jederzeit alles von überall auf einem einzigen Gerät aufzunehmen, zu schneiden und zu senden, eröffnet neue Dimensionen des aktuellen Journalismus. Doch wie sieht es mit der Qualität aus? Müssen wir uns demnächst an verwackelte, unscharfe Bilder und rauschende Töne gewöhnen?



*Das Smartphone als multimediales Reportergerät: Daniel Fiene demonstrierte es*

„Das Smartphone ist eine Ergänzung zu den Profisystemen“, meint Fiene. „Eine Bildqualität, die im Netz akzeptiert wird, ist im Fernsehen schwierig zu vermitteln. Wir experimentieren noch. In zwei bis drei Jahren werden technisch auch komplexere Dinge möglich sein.“

Schließlich begaben sich die Workshop-Teilnehmer mit dem Smartphone selbst auf eine Reise der digitalen Möglichkeiten und produzierten auf dem Akademiegelände Kurzfilme.

Innovativ sein will auch das Programm von detektor.fm aus Leipzig: Diesen Sender gibt es nur im Internet. „Wir sind ein bundesweites Privatradio mit öffentlich-rechtlichem Anspruch“, sagt Redakteur Marcus Engert.

Und Geschäftsführer Christian Bollert ergänzt: „Ohne Markenbindung ist es schwer, aber nicht unmöglich, im Internet als Radio Geld zu verdienen.“ In der Zielgruppe der 14- bis 29-Jährigen ist die Internetnutzung um 153 Prozent gestiegen und die Nutzung eines W-LAN-Radios verteilt sich über den ganzen Tag. Spitzen am Morgen, mittags und nachmittags wie bei der Ausstrahlung über Antenne gibt es im Netz nicht. Die beiden Radiomacher glauben an eine Renaissance der Wertigkeit des Hörens und sind überzeugt: „Radio und online passen zusammen.“ Dafür spricht auch, dass alles nachhörbar ist, nichts wird gelöscht.

## Passende Werbepartner

Die Nutzer sind zwischen 20 und 45. Sie kommen vorwiegend aus einem akademischen Umfeld in Groß- und Universitätsstädten und hören ein journalistisch hochwertiges Programm mit Popmusik. Was fehlt, sind Nachrichten. Dafür gibt es Hintergrundberichte. 4000 Hörer pro Tag zählt detektor.fm, die durchschnittlich 29 Minuten am Programm dran bleiben. Medienforscher wissen: Das ist sehr viel. Geld verdienen die Leipziger Hörfunker mit Sponsorenwerbung für einzelne Sendungen. Dafür sucht man



*Redaktionskonferenz bei Tutzing FM: Studierende des Studiengangs Online-Journalismus aus Darmstadt*

Werbepartner mit passenden Themen. Auch Audio-Produktionen, wie z.B. die tägliche Vertonung des Streiflichts der Süddeutschen Zeitung, spülen Geld in die Kassen des Senders.

## TagesWEBschau online

Ein ganz junges Informationsformat stellte Marcello Bonventure von der Digitalen Garage bei Radio Bremen vor: die TagesWEBschau. Seit dem 4. Juni ist diese Ergänzung zu den Fernseh- und Hörfunknachrichten der ARD im Netz. Sie erscheint an fünf Tagen in der Woche, wird täglich nachmittags um 17 Uhr aktualisiert und bleibt sieben Tage online verfügbar. Jede Sendung umfasst ein Video von zwei bis drei

Minuten. Die Themenwahl ist stark auf das Internet bezogen, hat immer einen journalistischen Blick, betont Bonventure: „Wir wollen locker sein, aber nicht albern.“ Youtube und Twitter werden als Quellen benutzt. Die Pilot- und Testphase ist zunächst auf sechs Monate begrenzt. Die Verantwortung und Abnahme der Sendung liegt bei ARD-aktuell in Hamburg, was sich gelegentlich auf die Schnelligkeit der Nachrichtenvermittlung auswirkt.

Ein flammendes Plädoyer für die Zukunftschancen des Lokalradios hielt Michael Mennicken, Chefredakteur von Antenne Düsseldorf. Er fügte gleich ein „Ja, aber...“ hinzu. Ein Umdenken sei nötig. Das Lokalradio der Zukunft werde zwar nur in einer bestimmten Region ausgestrahlt, es werde aber weniger lokale Themen haben. Bei den Hörerwünschen liegen regionale und lokale Themen auf Platz 4, aber nationale Politik, Wirtschafts- und Sozialpolitik auf den Rängen davor. Sport und Promi-Klatsch ist in der Hörergunst des Lokalradios ganz abgeschlagen auf den hintersten Plätzen. Das Lokalradio müsse neu organisiert werden, sagte Mennicken. Es müsse gelten: Online first. Und außerdem: „Netzthemen müssen ins Radio. Darüber reden die jungen Leute.“ ■

*Carolin Dameris / Michael Schröder*

### Mehr zur Tagung im Netz:

TutzingFM live von den Radiotagen:  
<http://www.bpb-tuttingfm.de/>

Hörfunker  
<http://www.bpb.de/gesellschaft/medien/hoerfunker>

Fienes Weblog  
<http://www.mywebwork.de/fiene.tv/>

Sandra Müllers Radiomachen-Blog:  
<http://www.radio-machen.de/>

Internetradio Detektor.fm aus Leipzig  
<http://detektor.fm/>

detektor.fm macht fair radio :  
<http://www.youtube.com/watch?v=DHFfigV7u7U>

# Die Sorgenfalten der Bürgermeister werden tiefer

Sicherheit in den Gemeinden zunehmend gefährdet

**U**ngezügelter Alkoholkonsum, Sicherheitsprobleme bei Fußballspielen, Rechtsextremismus – Städte und Gemeinden stehen bei der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung vor großen Herausforderungen. Das Kommunalpolitische Forum beleuchtete aber nicht nur die Dimension der Sicherheit.

Das Problem der Sicherheit in den Kommunen ist ein drängendes Thema – auch im scheinbar so idyllischen Landkreis Starnberg. „Idyllen sind für manche offenbar attraktiver, wenn man sie mit Alkohol kombinieren kann“, sagte Akademiedirektorin Ursula Münch und wies damit auf das zurzeit stark diskutierte Problemfeld „Freiheit und Sicherheit in Städten und Gemeinden“ hin. Sie begrüßte Praktiker aus Kommunen, Polizisten und Wissenschaftler, die sich mit der Problematik beschäftigen.

## Alarmzeichen

„Allein die Wahl des Themas kann als Alarmzeichen an die Öffentlichkeit gesehen werden“, fügte der Altoberbürgermeister von Landshut, Josef Deimer hinzu. Es ginge um „Desintegrationsvorgänge im realen Stadtleben, die in rohe Gewalt mündend aktuell die Freiheit unserer Bürgerinnen und Bürger gefährden“.

„Wir haben uns daran gewöhnt, Freiheit zu definieren als Abwesenheit und Eindämmung von öffentlicher Gewalt. Der mittelalterliche Mensch wusste noch, dass Freiheit ohne Sicherheit nichts ist“. Mit diesen Worten wies der ehemalige Akademiedirektor Heinrich Oberreuter auf den unauflöslichen Zusammenhang von Freiheit und Recht, Freiheit und Schutz und Freiheit und Verantwortung hin.

Die heutige Praxis der Kommunalpolitik sei gerade bei diesem Thema in grundlegende historische Zusammenhänge der politischen Ordnung eingebunden.

minalität und der Drogenmissbrauch würden wachsende Probleme verursachen. Von der Droge Crystal seien 2011 109 Prozent mehr als 2010 sichergestellt worden.

Über das Problem Alkoholmissbrauch diskutierten mit Kindler der Memminger Oberbürgermeister Ivo Holzinger, der Ingolstädter Ordnungsreferent Helmut Chase sowie der Amtschef des Bayerischen Wirtschaftsministeriums Hans Schleicher. Während die Vertre-



*Diskutierten über das Sicherheitsproblem Alkohol in den Gemeinden: Helmut Chase, Waldemar Kindler, Ivo Holzinger und Hans Schleicher (von links)*

Fotos: Haas

Landespolizeipräsident Waldemar Kindler stellte aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen für Stadt und Land aus Sicht der Polizei dar. Dazu gehörten Krawalle bei Fußballspielen und der wachsende Einfluss von Alkohol. So seien Angriffe auf Polizeibeamte um 10 Prozent auf knapp 7000 Fälle gestiegen, wobei 65 Prozent der Tatverdächtigen alkoholisiert gewesen seien, sagte er. Auch die Internetkri-

ter der Kommunalpolitik für Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen und Verkaufsverbote von Alkohol an Tankstellen eintraten, warnte Schleicher vor Überregulierung und verwies auf Prävention, Selbstverantwortung der Bürger sowie die Umsicht der Tankstellenbetreiber.

Die Komplexität ordnungspolitischer Maßnahmen im Umfeld der nächtlichen Gastronomieszene waren im weiteren Verlauf Gegenstand des Referats des Augsburger Ordnungsreferenten Volker Ullrich. Er trat für gezielte

\* In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Städetag

Maßnahmen gegen übermäßigen Alkoholkonsum ein – wobei er auf Schwierigkeiten hinwies, passgenaue Generalerlasse zu konzipieren.

## Sicherheit als Dienstleistung

Hermann Groß von der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung in Wiesbaden stellte wissenschaftliche Erkenntnisse über kommunale Sicherheitspolitik vor. Groß sieht als Tendenz eine Pluralisierung der kommunalen Sicherheitsarchitektur. Mittlerweile werde Sicherheit auch als Dienstleistung verstanden, was private Sicherheitsdienste auf den Plan rufe. Zum anderen erweiterte eine öffentlich organisierte „Laienpolizei“ die Polizeipräsenz in den Augen der Bürger.

Als Ziele kommunaler Kriminalitätsprävention sieht Groß neben der Reduktion von Kriminalität und des verbesserten Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger auch die Versachlichung des Kriminalitätsdiskurses.

Herbert Härteis, Leitender Polizeidirektor im Polizeipräsidium Mittelfranken, ist in einer Region tätig, die mehrere Fußballvereine in hoch- bis höherklassigen Spielklassen aufweist. Härteis

zeigte die Komplexität des Umgangs mit Fußballfans auf: So würden bei Auswärtsspielen allein 70 Busse mit Fans des FC Nürnberg unterwegs sein. Zu beachten seien auch Autokorsos, Public Viewing, Ansammlung von



*Karl-Willi Beck ist Bürgermeister von Wunsiedel und kennt Werkzeuge gegen Rechtsextremismus*

Fans in Stadien, im Umfeld der Stadien, in Zügen, Bussen, Bahnhöfen und Rastanlagen. Den Slogan „Fußball ist die schönste Nebensache der Welt“ zu erhalten, sei Aufgabe von allen Teilen der Gesellschaft.

Der Bürgermeister von Wunsiedel, Karl-Willi Beck, sprach über den Kampf gegen den Rechtsextremismus. Der sogenannte Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß wurde im März 1988 in Wunsiedel auf dem kirchlichen Friedhof begraben – und die Stadt zu einem Wallfahrtsort für Neonazis.

## Städte gegen rechts

Nachdem das juristische Vorgehen gegen die „Rudolf-Heß-Gedenkmärsche“ zunächst nichts brachte, stellte man ab 2002 unter Beteiligung aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte in Wunsiedel „die Würde der Stadt“ wieder her. Zum Beispiel konnte man den Neonazis mit einer Sitzblockade etwas – im wahrsten Sinne des Wortes – entgegensetzen.

Nachdem das Grab 2011 aufgelöst und die Gebeine umgebettet worden waren, beruhigte sich die Situation in Wunsiedel. Beck war es ein Anliegen, über seine Erfahrungen zu berichten, gerade wenn anderen Städten und Gemeinden eine ähnliche Gefahr droht. „Wir haben die Werkzeuge dagegen“, sagte Beck. ■

*Gero Kellermann*



*Hooligans des Fußballvereins Eintracht Frankfurt werden auf dem Weg zum Lokalderby gegen Offenbach von Polizisten begleitet*  
*Foto: wikimedia*

# Vom schwierigen Miteinander

Hans Otto Bräutigam über das Verhältnis von Demokratie und Diktatur auf dem Weg zur Deutschen Einheit

Wie kann der manchmal notwendige Umgang von Demokratien mit Diktaturen gestaltet werden? Welche Kompromisse sind dabei einzugehen, um humanitäre Erleichterungen für die unterdrückte Bevölkerung durchzusetzen? Die Tagung „Von Brandt bis Kohl: Wegmarken der Deutschen Einheit“ wollte genau diese Fragen beantworten, die das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR über Jahrzehnte prägten.

Als der Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, Botschafter a.D. Hans Otto Bräutigam, in die „Hauptstadt der DDR“ zog, wurde ihm von den dortigen Behörden eine Köchin zugeteilt. Bräutigam war sich natürlich darüber bewusst, dass diese Frau Inoffizielle Mitarbeiterin (IM) des Staatssicherheitsdienstes war und bald um „Auskünfte“ über seine Familie gebeten würde. Wie sollte man in einer solchen Situation verfahren? Bräutigam entschied sich für den offenen, direkten Weg. In einem Vier-Augen-Gespräch teilte er der Dame mit, dass er davon ausgehe, dass sie Informationen aus seinem Haushalt weiterzugeben habe. Er wolle sie nur darüber in Kenntnis setzen, dass er dies wisse. In den folgenden Jahren hatte die Familie Bräutigam ein sehr gutes Verhältnis zu ihrer Köchin. Der Hinweis hatte wohl die Führungsoffiziere der Stasi davon abgehalten, die Köchin weiterhin als IM einzusetzen. Diese Offenheit, so berichtete Bräutigam jetzt auf der Tagung in Tutzing, sei seine wirksamste Waffe gegen die Methoden des DDR-Staatsapparates gewesen. So habe er etwa Besucher der Ständigen Vertretung immer darauf aufmerksam gemacht, dass deren Äußerungen vermutlich von der Stasi abgehört würden.

## Keine BND-Agenten

Doch auch die Bundesrepublik sollte hier einen Beitrag leisten. So wehrte sich Bräutigam erfolgreich dagegen, dass Mitarbeiter des Bundesnachrich-

tendienstes an die Ständige Vertretung entsandt wurden. Es sei nur eine Frage der Zeit, so hatte Bräutigam damals gewarnt, bis diese Agenten auffallen

Freikauf von politischen Häftlingen aus DDR-Gefängnissen ging. Möglich wurde diese besondere Rolle, da Vogel zugleich als Rechtsanwalt in West-Berlin zugelassen war.

Heute weiß man, dass Vogel für den Staatssicherheitsdienst tätig war. Dennoch beurteilt Bräutigam dessen Wirken eher positiv. Vogel habe sich massiv für die Freilassung einzelner politischer Gefangener eingesetzt, sobald ihn die Ständige Vertretung darum gebeten habe. Mit seiner Hilfe hätte die Bundesrepublik in vielen Fällen Erfol-



Hans-Otto Bräutigam mit Tagungsleiter Michael Mayer (links)

würden. Dies könne aber das deutsch-deutsche Verhältnis beträchtlich vergiften.

Bräutigam machte aber auch darauf aufmerksam, wie vorsichtig man mit vorschnellen Schlüssen über das Leben in der Diktatur sein müsse. So arbeitete die Ständige Vertretung der Bundesrepublik über Jahre hinweg mit dem Beauftragten für humanitäre Fragen der DDR-Regierung, Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, zusammen. Dieser war beispielsweise der Mittler in den Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, wenn es um den

ge in den Verhandlungen mit der DDR erzielen können, da Vogel einen direkten Zugang zu Honecker hatte und diesen auch engagiert genutzt habe.

Als die schwierigste Zeit seiner Tätigkeit in Ost-Berlin bezeichnete Bräutigam die Besetzung der Ständigen Vertretung durch 55 DDR-Bürger im Frühjahr 1984, die auf diese Weise ihre Ausreise in den Westen erzwingen wollten. Ganz unterschiedliche Menschen waren gezwungen, auf engstem Raum miteinander zu leben. Nicht immer konfliktfrei verliefen die langen

Wochen in Ungewissheit über ihr Schicksal. Dabei traf die buddhistische Familie mit Säugling, die jeden Tag mit einer Morgenandacht begann, auf den desertierten NVA-Offizier und den Stasi-Mitarbeiter, der seiner Behörde nicht mehr dienen wollte.

## Matratzenlager in der Vertretung

Die Angehörigen der Vertretung richteten daraufhin ein Matratzenlager ein und versorgten die Ausreisewilligen.

Bräutigam war damals in großer Sorge darüber, dass die DDR-Behörden die Vertretung abriegeln würden. Um einem Massenansturm auf die Vertretung vorzubeugen, der nicht zu bewältigen gewesen wäre, schloss Bräutigam die Einrichtung für den Besuchsverkehr. Nur eine telefonische Beratung wurde aufrechterhalten. Nach langen Verhandlungen, an denen wiederum Vogel aktiv beteiligt war, konnten die Menschen im Juli 1984 in die Bundesrepublik übersiedeln. Doch zuvor mussten sie – so die Forderung der SED-Führung – wieder zu ihrem Wohnort zurückkehren und dort einen regulären Ausreiseantrag bei den Behörden stellen. Bräutigam bezeichnet es als eine seiner schwierigsten Aufgaben, bei den Flüchtlingen Vertrauen in seine Versi-



Hans-Otto Bräutigam (rechts) mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker beim Neujahrsempfang 1984

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-1984-0206-300 / Mittelstädt, Rainer / CC-BY-SA

cherung zu wecken, dass sie bei Verlassen der Ständigen Vertretung nicht verhaftet würden.

Bräutigam wollte mit seinem Wirken auch einen deutsch-deutschen Kulturaustausch schaffen. Hierzu lud er regelmäßig Schriftsteller, Musiker und Künstler aus der Bundesrepublik in die Ständige Vertretung ein. Im Oktober 1981 eröffnete dort etwa Joseph Beuys, der in der DDR verfemt war,

seine erste Ausstellung im zweiten deutschen Staat. Mehrere Stunden, so berichtete Bräutigam, habe er auf einer Filzmatte gestanden und sich mit den geladenen Künstlern aus der DDR unterhalten. Die Folgen waren beträchtlich für den kulturellen Austausch zwischen beiden deutschen Staaten. Am nächsten Tag sei Bräutigam zugeschlagen worden: Die ganze DDR beuyst. ■

Michael Mayer



Im Rahmen der Tagung wurde die Ausstellung „Grenzen trennen – Grenzen verbinden. 20 Jahre Wiedervereinigung“ gezeigt

# Mindeststandards für eine ethisch fundierte Wissenschaft

Das Tutzinger Diskurs-Projekt ist gestartet

**D**ie Akademie lädt ein, sich im Tutzinger Diskurs drängenden gesellschaftlichen Fragen zu stellen. Ab Oktober widmen wir uns den Bedingungen „Guter Wissenschaft“. Die Organisatoren des Diskurses beantworten die wichtigsten Fragen zum Projekt.

**Report:** Der Diskurs „Gute Wissenschaft“ und die Akademie für Politische Bildung Tutzling – wie passt das zusammen?

**Michael Spieker:** Ethik, Philosophie und die Vermittlung von Themen durch die Medien sind seit jeher in der inhaltlichen Ausrichtung der Akademie verankert. Dabei greifen wir Themen auf, die in der Luft liegen. Dieses Mal aber wagen wir etwas Neues: Wir stoßen selbst einen Denkprozess an. Wir wollen Nachwuchswissenschaftler befähigen, die gesellschaftliche und ethische Dimension ihres Handelns mitzubedenken. Das ist ein wichtiger Auftrag der Akademie, den wir mit dem Diskursprojekt intensivieren können. Einen solchen Bildungsprozess zu begleiten braucht aber Zeit und eine professionelle Moderation, und da kommt Katharina Zöller mit ins Spiel.

**Katharina Zöller:** Politische Bildung wandelt sich. Das Moment des Austausches und des Dialogs wird gestärkt. Experten dienen mehr und mehr als Ressource für die Teilnehmer, die mit ihren Fragen und Anregungen die Agenda bestimmen. Alle treffen sich auf einer Ebene, und alle Personen und Disziplinen sollen gleichberechtigt behandelt werden. So moderiere ich den Diskurs, ich leite ihn nicht.

*Warum benötigt man einen Diskurs über „Gute Wissenschaft“?*

**Zöller:** Für den Einzelnen mag vielleicht klar sein, was gute Wissenschaft ist – aber die Meinungen sind unter-

schiedlich. Die entscheidende Frage ist: Können sich die Leute auf eine gemeinsame Sicht einigen?

**Petra Thorbrietz:** Wir brauchen den Diskurs, weil die Kontrollmechanismen innerhalb der Wissenschaft nicht mehr funktionieren, weil alles so unüber-

trollierbar? Muss es nicht bestimmte Mindeststandards geben?

**Spieker:** Wir sind so unzeitgemäß und so mutig, zu fragen, was überhaupt noch gut ist.

*Was passiert während und zwischen den drei Diskurs-Einheiten, die an der Akademie für Politische Bildung stattfinden?*

**Spieker:** Wir behandeln drei Oberthemen (Synthetische Biologie, Hirnforschung und Grenzen der Wissenschaft), besprechen in unseren Work-



*Die Organisatoren des Tutzinger Diskurses „Gute Wissenschaft“ (v.l.): Michael Spieker (Projektleiter), Katharina Zöller (Moderatorin), Michael Schröder (stv. Projektleiter), Petra Thorbrietz (Wissenschaftsjournalistin) und Josef Brustmann (Kabarettist)*

*Foto: Haas*

sichtlich und schnell geworden ist. Manche orientieren sich an den grauen Eminenzen. Manche orientieren sich nur an dem, was für sie fassbar ist. Viele setzen sich einem enormen Publikationsdruck aus. Die Menge der Wissenschaft vervielfacht sich. Es gibt viele fein-spezialisierte Experten, selbständige Wissenschaftler oder scientific blogger. Da muss man sich doch fragen: Wer kann das alles noch kon-

shops bestimmt Fälle und hören Experten an. Zwischen den Einheiten in der Akademie wird auf unserer Online-Plattform weiter diskutiert.

Am Ende soll ein Kriterienkatalog für eine ethisch und sozial reflektierte Forschung in den Lebenswissenschaften stehen. ■

*Das Gespräch führte  
Sebastian Haas*

# Generalistin mit vielen Talenten

Juliane Schwab bringt als Projektkoordinatorin für den „Tutzinger Diskurs“ internationale Erfahrungen mit

**J**uliane Schwab ist seit Mai 2012 wissenschaftliche Mitarbeiterin im neuen Akademie-Projekt „Gute Wissenschaft“ (siehe den Artikel auf S. 22). Die gebürtige Heidelbergerin hat in Freiburg i. Br. und Jerusalem Romanistik, Judaistik und Sprachwissenschaft des Deutschen studiert. Nach Auslandsaufenthalten in Frankreich und Israel war die 36-Jährige zuletzt als Leiterin der Deutsch-Abteilung an der Deutsch-Jordanischen Hochschule (GJU) in Amman tätig. Wir stellen die neue Projektkoordinatorin im Gespräch vor.

*Report: Ihre Studienfächer und die letzte Stelle in Amman – wie passen die zusammen?*

Schwab: Es gibt viele Dinge, die mich interessieren. Ich habe verschiedene Talente. Ich kann nicht sagen: Nur das ist meins! Aber nach dem Studium war klar: Ich will wieder in den Nahen Osten. Ich habe dann NGO-Erfahrungen in Jerusalem und Ramallah gesammelt. In Amman habe ich meinen späteren Chef kennengelernt, der dort die Deutsch-Jordanische Hochschule aufbaute. Ich wurde Abteilungsleiterin für Deutsch als Fremdsprache. Diese Aufbauarbeit bei Null zu beginnen, war sehr spannend. Die Herangehensweisen und der Diskussionsstil in Deutschland und Jordanien sind sehr unterschiedlich. Dabei habe ich auch über mich viel gelernt.

*Das klingt sehr reizvoll. Warum haben Sie das aufgegeben?*

Ich sah für mich langfristig nur wenige Entwicklungschancen. Außerdem war es völlig utopisch, auf dieser Stelle noch zu promovieren, was aus formalen Gründen notwendig gewesen wäre. Die erste Zeit der Aufbauphase war die interessanteste und herausforderndste. Nach viereinhalb Jahren bestand dann bei mir der Wunsch, wieder nach Deutschland zurückzukehren.

*Ist es auch schwierig, dort als Frau in leitender Position zu arbeiten?*

Das spielt keine Rolle. Es ist immer auch eine Frage der Durchsetzungskraft. Ich habe mich stets in meiner Position respektiert gefühlt.

*Weshalb kam der Entschluss, wieder nach Deutschland zurückzukehren?*



**Juliane Schwab koordiniert das Projekt „Gute Wissenschaft“ im Tutzinger Diskurs**

*Foto: Weber*

Ich hatte das Gefühl, dass der Kontakt nach Deutschland abreißt und ich den Anschluss verliere. Am Schluss war es eine runde Sache. Es war eine gute und wirklich bereichernde Zeit.

*Wann kamen Sie zurück?*

Im April 2009. Ich habe mir erst einmal eine Auszeit gegönnt und bin mit dem Rucksack durch Thailand und Kambodscha gereist. Das war mir wichtig als Übergang. Ich bin dann allerdings früher zurück, weil eine meiner Schwestern sehr schwer erkrankte. Dadurch haben sich alle meine Pläne verändert. Ich habe ihr angeboten, zu ihr nach Frankfurt zu ziehen und sie zu unterstützen. Es ging ihr dann rapide sehr schlecht.

Ich habe zweieinhalb Jahre die Betreuung und Pflege meiner Schwester übernommen. Dahinter sind meine beruflichen Pläne zurückgetreten. Es geht ihr inzwischen wieder deutlich besser und ich konnte diese neue Aufgabe in Tutting beginnen.

*Nun ist ja das Projektthema „Gute Wissenschaft“ nichts, was in Ihrer Ausbildung und den bisherigen Tätigkeiten eine Rolle gespielt hat.*

Nein. Ich habe die Stelle immer unter dem Stichwort der Projektkoordination und des Managements gesehen. Dafür bringe ich viele Fähigkeiten aus früheren Arbeiten mit. Ich sehe mich eher als Generalistin, nicht als Fachfrau für Naturwissenschaften. Ich freue mich aber, mich in diese neuen Gebiete einzuarbeiten.

*Was ist für Sie denn „Gute Wissenschaft“?*

Kontroverse und offene Diskussion. Zunächst konnte ich mir nicht soviel darunter vorstellen. Aber der Dialog zwischen Naturwissenschaftlern, Ethikern und Journalisten, den Vermittlern in die Öffentlichkeit, ist für mich der zentrale Punkt des Projekts. Ich bin gespannt, ob die Gruppen im Laufe des Prozesses und der Workshops einen Konsens finden oder weiter ihre alten Standpunkte vertreten.

---

**Linktipp:** <http://tutzinger-diskurs.de>

*Gehört dieses Thema in eine Akademie für Politische Bildung?*

Auf jeden Fall. Politik und Ethik sind ideale Anknüpfungspunkte, um den Diskurs anzustoßen.

*Was ist für Sie das Besondere an Tutzing?*

Ich genieße sehr die Nähe zum See – Schwimmen mit Bergpanorama. Für Frankfurter Verhältnisse undenkbar. Ich gehe sehr gern Wandern und da sind die Berge in der Nähe ein tolles Ziel. Ich habe aber auch das Umttriebige der Großstadt gern.

*Was zeichnet den Lernort Tutzing aus?*

Ich finde die Themenbreite und die unterschiedlichen Teilnehmergruppen hier in der Akademie sehr spannend. Ich nehme eine große Offenheit der Themen und Diskussionen wahr. Und es gibt Raum für Experimente wie unser Diskurs-Projekt.

*Sind Sie schon in Oberbayern angekommen oder ist Frankfurt noch stärker im Kopf?*

Ich hänge immer noch an Frankfurt – da sind Freunde und soziale Kontakte. Trotzdem fühle ich mich sehr wohl hier. Um mich herum sind viele nette und interessante Menschen. Aber mit einer befristeten 60%-Stelle kann ich mir noch nicht wirklich vorstellen, meinen Lebensmittelpunkt hierher zu verlegen. Es bleibt also vorläufig noch beim Pendeln. Aber man weiß ja nie, was sich entwickelt... ■

*Das Gespräch führte  
Michael Schröder*

[www.facebook.com/APBTutting](http://www.facebook.com/APBTutting)

## US-Generalkonsul Tribble zu Gast in der Akademie

**H**oher Besuch in der Akademie für Politische Bildung: Das Gesicht Amerikas in Bayern, der US-amerikanische Generalkonsul Conrad Tribble, machte gemeinsam mit einem Team aus dem Generalkonsulat in München der Bildungseinrichtung seine Aufwartung. Erstens, um die neue Direktorin Ursula Münch kennenzulernen. Zweitens, um über die Vertiefung der bereits bestehenden Zusammenarbeit zu sprechen. Schließlich wird im Herbst 2012 der

amerikanische Präsident gewählt – die Chance, um an der Akademie für Politische Bildung mehr und Aktuelles über die USA zu lernen und zu erfahren. Beeindruckt war der Generalkonsul vom neuen Auditorium der Akademie: Das Hörsaalgebäude ist für Veranstaltungen bis zu 220 Personen nutzbar. Tribble verlässt Ende Juli die bayerische Landeshauptstadt, um auf Kuba eine neue Aufgabe im diplomatischen Dienst zu übernehmen. ■



*Akademiedirektorin Ursula Münch (vorne links) und US-Generalkonsul Conrad Tribble (rechts daneben) sowie ihre jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kamen zum Informationsaustausch zusammen*

# „Die politische Auseinandersetzung mit Rechtsextremen suchen“

Sachsens Landtagspräsident Rößler beim Personalseminar in Dresden

**R**echtsextremismus als Gefahr für die Demokratie – nicht erst seit der Mordserie des *Nationalsozialistischen Untergrunds* (NSU) ist das ein Dauerthema für die politische Bildung. Sachsen ist ein Brennpunkt der rechtsextremen Szene. Die NPD ist seit 2004 im Landtag vertreten,

seit der Wahl 2009 mit acht Abgeordneten (5,6%). Mit zwei rechtsextremen Gewalttaten pro 100.000 Einwohner pro Jahr liegt Sachsen im vorderen Drittel der Bundesländer. So lag es nahe, beim Personalseminar der Akademie in Dresden über dieses Thema mit politisch Verantwortlichen zu diskutieren.

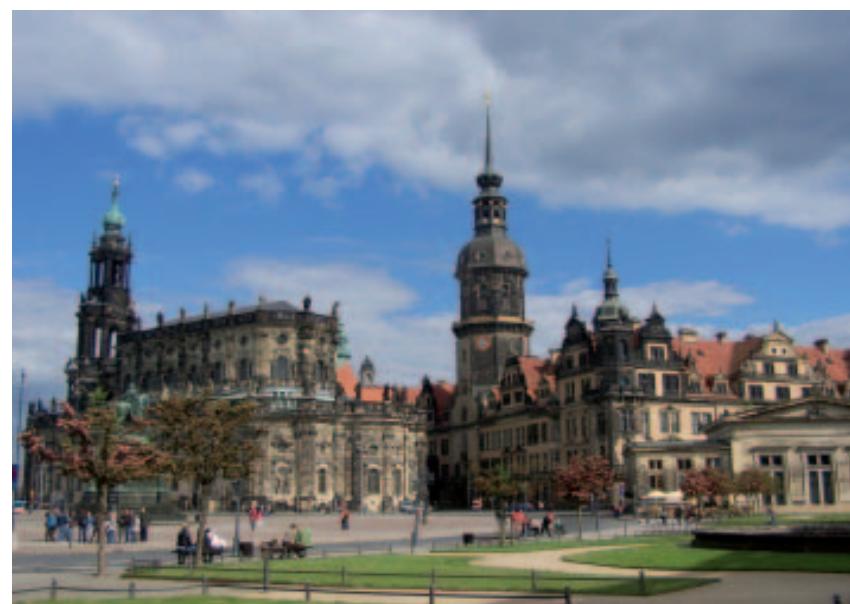
Beim Besuch des Sächsischen Landtags stellte sich dessen Präsident Matthias Rößler zusammen mit dem Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Frank Richter, den Fragen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Akademie.

Rößler ist seit 1990 Mitglied des Sächsischen Landtags und war von 1994 bis 2004 zunächst Kultus- und später Wissenschafts- und Kunstmister in Sachsen.



Matthias Rößler: „Das Abgehängtwerden führt im Osten zur Radikalisierung“  
Fotos: Schröder

Seit 2009 ist er Landtagspräsident. Er sieht im Potenzial der Rechtsextremen eine Mischung aus Protestwählern und sozial Benachteiligten („Das Abgehängtwerden führt im Osten zur Radikalisierung“). Die früher getrennten Gruppierungen seien mittlerweile eng zusammengeschweißt – das mache ihre Stärke aus. Im Parlament seien die Rechten allerdings „ziemlich trübe Tassen“. Mit denen müsse man die



Dresdens Schokoladenseite mit Hofkirche (links) und Hausmannsturm

politische Auseinandersetzung suchen und argumentieren: „Abscheu bekunden allein genügt nicht“, sagte Rößler. Frank Richter betonte, dass beim Kampf gegen Rechtsextremismus zunächst die Schule gefragt sei – bei den elementaren Dingen sei die Landeszentrale weniger gut. Sie habe andere Zielgruppen – zum Beispiel im „Forum Starke Demokratie“: „Aber da machen wir die bereits Frommen noch frömmere“, bekannte Richter, ein früherer katholischer Pfarrer. Es sei sehr schwer, direkt an die rechtsextremen Gruppen heranzukommen.

Sorge bereitet dem Landtagspräsidenten Rößler auch die zunehmende Zersplitterung unseres Parteiensystems: „Das macht politische Gestaltung nicht einfacher.“ Ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD müsse „sehr sorgfältig vorbereitet werden“. Ein zweites Scheitern dürfe sich der Rechtsstaat nicht leisten. Den Vorschlag von Alt-Bundespräsident Roman Herzog, die Fünf-Prozent-Klausel heraufzusetzen, lehnt Rößler ab. „Am liebsten wäre es mir, wenn die Rechten aus dem Landtag heraus gewählt werden“, sagte er.

Bei einer Führung durch das neue Militärhistorischen Museum in Dresden mit dem wissenschaftlichen Leiter Gorch Pieken und Kuratorin Linda von Keyserlingk wurde die beeindruckende Konzeption der Ausstellung ebenso bewundert wie der Bau des Architekten Daniel Libeskind, der einen Keil in das historische Arsenalgebäude trieb.

Weitere Programmpunkte des Seminars in Sachsen waren der Besuch kultureller Veranstaltungen, eine Fahrt in den Nationalpark Sächsische Schweiz sowie eine Führung durch die alte Bergmannstadt Freiberg. ■

*Michael Schröder*



*Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Akademie vor dem Militärhistorischen Museum in Dresden*  
Foto: Haas

## Das Geheimnis GEDOK lüften

**20 Positionen – Malerei, Zeichnung, Fotografie, visuelle und konzeptionelle Arbeiten. Wieder einmal ist den Künstlerinnen der GEDOK eine facettenreiche Ausstellung gelungen, mittlerweile die 23. in der Akademie.**

**W**as haben Politik und Kunst gemeinsam? Es sei nicht allein der Umstand, dass die Akademie schöne Räume und die GEDOK schöne Bilder habe, der für die Kooperation spräche, merkte Akademiedirektorin Ursula Münch an.

Zur öffentlichen Diskussion anregen – das sei das Ziel, das die Werke der GEDOK und die Akademie verbinde. In Zukunft wolle man vermehrt auf die Ausstellungen aufmerksam machen, um das Geheimnis GEDOK in der Akademie für die Bürger zu lüften. Beide Seiten lobten die immer wieder angenehme Zusammenarbeit.

Im Anschluss an die Eröffnungsreden von Direktorin Münch und Angelika Schulz, der Vorsitzenden der GEDOK



*Die Künstlerinnen der GEDOK mit Akademiedirektorin Ursula Münch (rechts) bei der Vernissage*  
Foto: Dameris

München, führten die anwesenden Künstlerinnen durch die Ausstellung.

Die Vernissage wurde musikalisch von der Mini Marching Women Band begleitet. Hinter dieser Zwei-Frau-Band verbergen sich Janine Schrader (Sa-

xophon) und Marion Dimbarth (Posaune). Die Werke der GEDOK-Frauen – 20 Positionen – sind noch bis Juni 2013 zu sehen. ■

*Carolin Dameris*

# Zeitlos und der Zeit voraus

Ausstellung mit Cartoons von Erik Liebermann bis zum 26. Oktober

**Digitalisierung, Umweltschutz und Mobilität. Sozialkritik, Kollagen, Nonsense. Die Themen von Erik Liebermann sind vielfältig – 100 seiner Karikaturen zeigen wir bis zum 26. Oktober (wochentags von 8 bis 17 Uhr im Foyer unseres Auditoriums, nur vom 10. August bis 2. September ist die Akademie geschlossen).**

Erik Liebermann nutzt den Platz, den ihm ein Bilderrahmen bietet. Er zeichnet nicht nur, er bastelt auch Collagen. Da ragen Schnüre, Nadeln, Steine und Streichhölzer aus dem Papier, leuchtende Köpfe und Zinnfiguren schauen den Betrachter an, hin und wieder wird ein Passepartout angemalt. Oder ein Glasrahmen ist kaputt – absichtlich als Teil des Werkes. Ansonsten konzentrieren sich die mit Tusche gezeichneten und farbig aquarellierte Karikaturen auf das Wesentliche. Die Aussagekraft soll sich dem Betrachter schnell erschließen. Zu den Cartoons fand der studierte Industrie-Designer durch Anton Glupsch, einem Strichmännchen mit Mantel, Brille, Nackenfalte und Glupschaugen, das heute als Liebermanns Identifikationsmerkmal gilt.

Akademiedirektorin Ursula Münch und Michael Schröder, Dozent für Medien und Journalismus, stellten Erik

Liebermann und sein Werk vor. So bestehen seine Zeichnungen entweder durch Zeitlosigkeit, oder dass sie ihrer Zeit voraus sind. „Ihre Karikaturen können präziser sein als so manche Ta-

gung – und als die Politik. Sie haben schon in den 80er-Jahren Zeichnungen zum Thema Waldsterben gemalt, als die Regierung noch verschämt vom Waldzustands-Bericht sprach“, meinte Schröder. Liebermann-Cartoons zieren seit vielen Jahren den Akademie-Report und das Halbjahresprogramm der Akademie.

Erik Liebermann, Jahrgang 1942, stammt aus einer Künstlerfamilie und ist Absolvent der Ulmer Hochschule



*Die Hängung ist Sache des Künstlers: Erik Liebermann beim Aufbau der Ausstellung*  
Foto: Haas



für Gestaltung. Seine ersten Cartoons hat er bereits während seiner Studienzeit veröffentlicht – das war 1969. Er arbeitete danach als Industrie-Designer, unter anderem bei Otl Aicher für die Olympischen Spiele 1972 in München. Seit 1975 ist er hauptberuflich als Cartoonist tätig. Jährlich finden mehrere Einzelausstellungen mit seinen Originale statt, die durch Collagen und Zusatzeffekte über den Bereich der reinen Grafik hinausgehen. Erik Liebermann ist verheiratet und lebt in Steingaden. ■

Sebastian Haas

# Ein philosophischer und historischer Kopf

**A**us einem dreimonatigen Zeitvertrag war eine 35-jährige (1965 bis 2000) existenzielle Beziehung geworden. Mehr als drei Jahrzehnte vermochte Gebhard Diemer mit seinen vielfältigen Begabungen, nicht zuletzt aber auch durch seine unverwechselbare Wesensart, die Akademie zu prägen.

Er ist zu einer Institution geworden, geachtet und, es darf durchaus so gesagt werden, vielfach geradezu geliebt. Seine Kooperationspartner fuhren nicht nur zur Akademie. Es hieß: „Wir dürfen wieder zu Herrn Diemer fahren.“ Seiner Bescheidenheit tat dies keinen Abbruch. „Alles, was ich bin“ bemerkte er zu seiner Verabschiedung, „verdanke ich fast ausschließlich anderen Menschen.“ Und schon früh habe er sich vorgenommen, jeden Menschen zu respektieren, unabhängig von Bildung und Stand. Jeder habe einen Bereich von Wahrheit in sich, den man nur durch Hören erfahren könne. Zuhören sei daher der Beginn eines jeden offenen Diskurses und jeder sinnvollen Bildungsarbeit. Nicht zuletzt durch diese Tugend vermochte er es, Jung und Alt anzuregen, über grundlegende Fragen ihrer Existenz und ihrer Rolle als soziale Wesen in der Gesellschaft nachzudenken.

## Leidenschaftlicher Vermittler

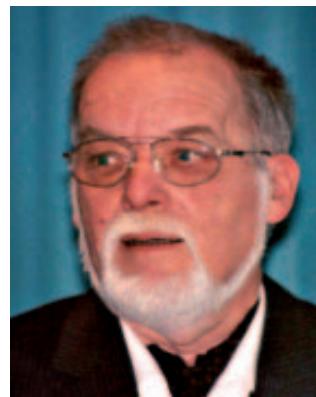
Bestechend war die Breite seiner Interessen. Seine Zuständigkeit für Moral und Ethik in der Politik spiegelte sie nur unzulänglich wider, wiewohl er auf diesem Gebiet im Lauf der Jahre wohl alle wesentlichen Aspekte, beleben, kundig und engagiert, wie es ihm entsprach, behandelt hat. Er konnte aber ebenso auf dem Felde der Internationalen Politik bestehen.

Bestechend war auch sein Drang, auf der Höhe der aktuellen Diskussion zu sein. Die Humangenetik und ihre politischen und moralischen Implikationen sah er schon als herausfordern- des Thema, als es erst ganz allmählich

in die öffentliche Wahrnehmung trat. Beeindruckend war schließlich seine stetige Absicht, das Haus an seinen neueren Erkenntnissen teilhaben zu lassen. Dozierten gute Leute in der Akademie, hieß es in einem Gespräch: „Aber erst der Diemer!!!“

gen. Er hat die Idee dieses Hauses vor- gelebt und der Akademie viel, viel- leicht sein Bestes gegeben. Aber es ist auch diese Idee gewesen, die es ihm erlaubt hat, gleichsam stets zu sich selbst zu finden – eine unver- gleichliche Symbiose.

„Der Diemer“ war ein philosophischer und historischer Kopf. Und er war ein leidenschaftlicher und glänzender Vermittler, der seine Zuhörer zu packen und zu begeistern verstand, ihnen Orientierung anbot, ohne je der unschicklichen Absicht zu verfallen, ihnen etwas aufzudrängen



Gebhard Diemer 1935 – 2012

Gebhard Diemer ist am 13. Mai im Alter von 76 Jahren nach langer, schwerer Krankheit gestorben. Die Akademie schuldet ihm nicht nur gute Erinnerung, sondern vor allem großen Dank und Respekt. ■

*Heinrich Oberreuter*

## Intellektueller Doyen des Kollegiums

**H**ans Friedrich hat die Medienkompetenz der Akademie begründet. Legendar war die lange Reihe jener Fernsehseminare, die in den Siebziger Jahren die Prominenz der politischen Redakteure von ARD und ZDF, aber auch vom ORF und vom Schweizer Fernsehen in Tutzing versammelten, gemeinsam übrigens mit dem damals noch überschaubaren Kreis einschlägiger Kommunikationswissenschaftler.

Man sah Horst Schättele, Günther von Lojewski und Michael Abend, die durchaus kontroverse Ansichten im Journalismus repräsentierten, unter Friedrichs Stabführung gemeinsam professionelle Probleme diskutieren und an ihrer Lösung arbeiten.

Otto B. Roegele, Wolfgang Langenbucher und Bernward Wember (dieser damals mit aufregenden Thesen zur Bild-Text-Schere in der Nordirland-



Hans Friedrich 1932 – 2012

Berichterstattung) vertraten u.a. die wissenschaftliche Kompetenz. Es ging um politische Orientierung durch Nachrichten und – wie modern – um politische Prägung durch Unterhaltung. Als „Politische Medienkunde“ wurden die Ergebnisse aus der Steinzeit des Mediums in mehreren Bänden publiziert. Friedrich vernetzte dieses Themengebiet auch mit ausländischer

Forschung. Die Akademie war so schon in der frühen internationalen Debatte präsent. Natürlich ging es im Kern um Medienpolitik in einer aufregenden, gestaltungsfreudigen Zeit. Friedrich allerdings hat dabei nie die politische Bildung aus den Augen verloren. Stets blieb er bestrebt, Erfahrungen aus der Schule einzubringen und ebenso, die Tutzinger Einsichten für die Schule nutzbar zu machen. Für seine Tagungen an der Akademie versteht sich das von selbst.

## Nicht auf Medien reduziert

Auf Medien reduzieren lässt sich Friedrich freilich nicht. Er hatte Germanistik, Geschichte und Geographie studiert und die Erweiterungsprüfung für Sozialkunde abgelegt. In der Akademie, an die er ursprünglich nur auf Zeit vom Gymnasium gewechselt war, befasste er sich zunächst mit klassischen politikwissenschaftlichen Themen, besonders mit der Parteidemokratie. Als er sich mit Mut zum Risiko aus dem Schuldienst verabschiedete, um dauerhaft an der Akademie zu bleiben, geschah dies in der Überzeugung, hier nützlicher sein zu können als dort.

In den über drei Jahrzehnten seines Wirkens (1966 bis 1997) ist er ein scharfsichtiger, und wo es Not tat, auch scharfzügiger intellektueller Doyen des Kollegiums von hohem Ansehen gewesen. Die digitale Revolution hielt ihn in Atem. Hauptsächlich aber ging es ihm um den Verständnis begründenden Transfer komplexer Sachverhalte in Bildungsprozesse. Dabei habe er sich, schrieb er, nie mit bloßer Beschreibung begnügt, sondern „immer auch normative Dimensionen ins Gespräch gebracht“.

Hans Friedrich ist ein profunder und sympathischer Repräsentant des Akademieauftrages gewesen, mit Ausstrahlung nach innen wie nach außen. Am 1. Juni ist er kurz nach seinem 80. Geburtstag gestorben. Das Haus, für das er partiell auch Leitungsaufgaben engagiert wahrzunehmen hatte, bleibt ihm in hoher Anerkennung verbunden und zu großem Dank verpflichtet. ■

Heinrich Oberreuter

# Heißes Eisen Nachrichtensperre

Vor 35 Jahren: Tutzinger Mediengespräch  
zum Deutschen Herbst 1977

**D**ie Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten und BDI-Vorsitzenden Hanns Martin Schleyer (1915–1977) durch die linksextremistische Terrororganisation Rote Armee Fraktion (RAF) während des sogenannten Deutschen Herbstanfangs von 1977 bildete den Höhepunkt einer der schwersten Krisen in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. In der Akademie wurde damals über die Herausforderung des Terrorismus an den demokratischen Staat und die demokratische Öffentlichkeit diskutiert.

Am 5. September 1977 war Schleyer in Köln-Braunsfeld vom RAF-Kommando „Siegfried Hausner“ entführt und verschleppt worden. Sein Chauffeur Heinz Marcisz und drei Personenschützer des LKA wurden dabei erschossen. Mit der Geiselnahme wollten Schleyers Entführer die Freilassung von elf inhaftierten RAF-Genossen erpressen. Die sozialliberale Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) fasste den Entschluss, nicht auf die Forderungen der Terroristen einzuge-

hen. Daraufhin wurde Schleyer ermordet. Seine Leiche fand man am 19. Oktober 1977 in Mülhausen/Elsass (Frankreich) im Kofferraum eines Autos auf.

Als Bezeichnung für das Informationsverhalten der Bundesregierung während der Schleyer-Entführung hatte sich das Stichwort „Nachrichtensperre“ eingebürgert. Nachrichtensperre lautete denn auch das Titelthema des Ersten Tutzinger Mediengesprächs, zum dem der erst kürzlich ver-



Regierungssprecher Klaus Bölling verliest am 18. Oktober 1977 um 2 Uhr nachts im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Bonn eine gemeinsame Erklärung des großen Krisenstabes nach der geglückten Befreiung von Geiseln aus einem von Terroristen gekaperten Lufthansa-Flugzeug auf dem Flughafen Mogadischu (Somalia)

Foto: Bundesarchiv, wikipedia

storbene Akademiedozent Hans Friedrich (siehe voranstehenden Nachruf) vom 5. bis 7. Dezember 1977 namhafte Politiker, Journalisten und Medienwissenschaftler nach Tutzing eingeladen hatte. Die medienpolitische Bedeutung der sechswöchigen Nachrichtensperre im Entführungsfall Schleyer war schon während der Ereignisse allen beteiligten und betroffenen staatlichen und publizistischen Stellen bewusst gewesen.

Das tragische Ende und die weitreichenden Verwicklungen (Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ am 13. Oktober 1977 nach Mogadischu, Terroristengroßfahndung in der Bundesrepublik und die Selbstmorde der inhaftierten RAF-Mitglieder Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin und Andreas Baader in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim) erlaubten es den betroffenen Institutionen jedoch nicht, unmittelbar und öffentlich die medienpolitischen Aspekte im Zusammenhang zu erörtern. Anfang Dezember 1977, nach Erscheinen der Dokumentation des Bundespresseamtes zum Entführungsfall Schleyer, bot sich ein hinlängerlicher zeitlicher Abstand, um die Erfahrungen und die mögliche medienpolitische Zukunftsbedeutung einer zwischen Staat und freier Publizistik vereinbarten Nachrichtensteuerung in Krisenzeiten zu diskutieren.

Es stellte sich im Verlauf des Tutzinger Mediengesprächs heraus, dass dieses Stichwort den Problembereich nur unzureichend beschreibt. Die Nachrichtenlenkung in diesen sechs Wochen reichte weiter als die sonst üblichen – mehr oder weniger umstrittenen – Nachrichtensperren des journalistischen Alltags. Amtsverschwiegenheit wird von staatlichen Behörden nicht selten praktiziert, zumal aus rechtlichen Gründen. In solchen Fällen hat jedoch der Journalist die Freiheit der Recherche und der Berichterstattung aus anderen Quellen. Die Presse betreibt ihrerseits gegenüber staatlichen Stellen Nachrichtensperre, wenn sie Namen ihrer Informanten schützt. Eine Form vereinbarter Nachrichtensperre ist üblich, wenn Politiker oder Beamte vertrauliche, d.h. nicht zur Verbreitung bestimmte Informationen oder

erst nach Ablauf einer Sperrfrist zu veröffentlichte Informationen weitergeben.

Die vom Bundespresseamt im Auftrag der Bundesregierung von der bundesdeutschen Publizistik erbetene und erhaltene Nachrichtendiskretion im Entführungsfall Schleyer ging jedoch weit über übliche Nachrichtensperren hinaus. Die Befürchtung mancher Journalisten und Staatsbürger, hier könne sich eine Routine staatlicher Nachrichtenlenkung zu Lasten der demokratischen Freiheit einspielen, kam im Tutzinger Mediengespräch zur Sprache. Das Interesse und die Beteiligung an der Veranstaltung waren geradezu

überwältigend. Der alte Hörsaal der Akademie musste zeitweise über 130 Personen fassen. Entscheidend für das gute Gelingen war insbesondere die Bereitschaft des Bundespresseamtes, namentlich von dessen Leiter, Regierungssprecher Klaus Bölling, sowie des damaligen Präsidenten des Bundeskriminalamts Horst Herold, sich den kritischen Fragen der Journalisten zu stellen.

Die ausführliche Presseberichterstattung über die Akademieveranstaltung konzentrierte sich denn auch vornehmlich auf die ersten beiden Podiumsgespräche mit Klaus Bölling und Horst Herold. ■

*Steffen H. Elsner  
Hans Friedrich (†)*

## **Das Internet verändert Politik und Medien**

Buchvorstellung im Münchener Presseclub

„Die Gesellschaft unserer Mediendemokratie befindet sich mittendrin in einer revolutionären Umwälzung“, sagte Dozent Michael Schröder im Münchener Presseclub bei der Vorstellung des von ihm herausgegebenen Buches „Die Web-Revolution – das Internet verändert Politik und Medien“ (siehe Seite 31).

Mit dabei waren drei der Autorinnen und Autoren: Akademiedirektorin Ursula Münch, die Medienforscherin des Bayerischen Rundfunks Birgit van Eimeren und der Chefredakteur von sueddeutsche.de Stefan Plöchinger. Als Guest konnte der Olzog-Verlag den Landesvorsitzenden der bayerischen Piratenpartei Stefan Körner begrüßen.

Schröder betonte zu Beginn der Diskussion, dass Politiker, Journalisten und alle Bürgerinnen und Bürger von der digitalen Revolution gleichermaßen betroffen sind. Die Veränderungen für den Journalismus, die politische Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft, die Parteien

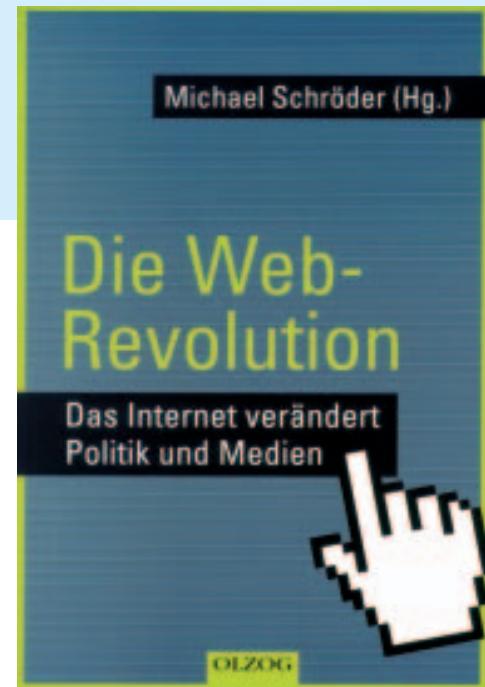
und die Beteiligung am politischen Prozess seien radikal. Global und in Echtzeit würden Informationen und Daten ausgetauscht. Texte, Bilder und Filme sind überall verfügbar – gelegentlich auch geheimes Material gegen den Willen staatlicher Behörden. Mit wenig Geld und einfacher Technik



*Das Podium bei der Buchvorstellung: Stefan Körner, Stefan Plöchinger, Michael Schröder, Birgit van Eimeren und Ursula Münch (von links)  
Foto: Olzog-Verlag*

könnten Menschen Meinungen und Fakten schnell und weltweit verbreiten – vorbei an den alten Schleusenwärtern der etablierten Medien. ■

*MS*



Michael Schröder (Hrsg.)

### Die Web-Revolution

Das Internet verändert Politik und Medien

OLZOG, München 2012, 224 S.

ISBN 978-3-7892-8215-7

26,90 Euro

Das Internet hat Politik und Medien revolutioniert. Global und in Echtzeit werden Informationen und Daten ausgetauscht. Texte, Bilder und Filme sind überall verfügbar – gelegentlich auch geheimes Material gegen den Willen staatlicher Behörden. Mit wenig Geld und einfacher Technik können Menschen Meinungen und Fakten schnell und weltweit verbreiten – vorbei an den alten Schleusenwärtern der etablierten Medien. Auch und gerade in Ländern mit geringer Medienfreiheit und ausgeprägter Zensur bietet das Internet neue Möglichkeiten zur politischen Beteiligung und zur Koordination der Opposition. Aber auch in westlichen Ländern können Bürgerinitiativen und Protestbewegungen mit Hilfe sozialer Netzwerke im Internet schneller und wirkungsvoller kommunizieren. Dies alles bringt radikale Veränderungen: für den Journalismus, die politische Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft, die Parteien und die Beteiligung am politischen Prozess. Wissenschaftler und Journalisten analysieren diesen Wandel und beleuchten Chancen und Risiken dieser neuen Herausforderungen für Politik, Medien und Gesellschaft.

#### Autorinnen und Autoren:

Mathias Bug, Birgit van Eimeren, Asiem El Difraoui, Stefanie Haas, Richard Hilmer, Klaus Meier, Ursula Münch, Christoph Neuberger, Stefan Plöchinger, Ulrich Sarcinelli, Michael Schröder

#### Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich

Hrsg. von Gideon Botsch, Olaf Glöckner, Christoph Kopke und Michael Spieker  
Erster Band der neuen Reihe „Europäisch-jüdische Studien – Kontroversen“  
de Gruyter, Berlin 2012, 265 S.  
ISBN: 978-3-11-026514-9  
69,95 Euro

DE GRUYTER

Gideon Botsch, Olaf Glöckner,  
Christoph Kopke, Michael Spieker (Hrsg.)  
**ISLAMOPHOBIE UND  
ANTISEMITISMUS –  
EIN UMSCHRIITTENER  
VERGLEICH**

Sind Mohammed-Karikaturen die antisemitischen Postkarten von heute? Gleichen die Proteste gegen den Moscheenbau in deutschen Städten dem „Juden-Raus“-Ruf des Kaiserreiches? Vergleiche zwischen heutiger Islamfeindschaft und traditionellen Spielarten des Antisemitismus beschäftigen nach einer erregten öffentlichen Debatte auch Politologen, Religionswissenschaftler und Zeithistoriker. Mechanismen der Stigmatisierung und Ausgrenzung von Minderheiten werden in jedem Fall auch in Zukunft komparativ zu analysieren sein. Der Band widmet sich den Hintergründen alt-neuer Feindbilder gegen Muslime und Juden in Deutschland, wobei auch Medienexperten und Angehörige beider Minderheiten zu Wort kommen. Die Frage nach der Vergleichbarkeit von Islamophobie und Antisemitismus wurde bislang vor allem in den Feuilletons geführt. Mit diesem Band wird die Debatte erstmals umfassend wissenschaftlich kontextualisiert.

Andreas Bretting berichtet über die Tagung „Bürger begehren“ im STARNBERGER MERKUR vom 4. Juli 2012

### Lob für Weisheit des Volkes Heiner Geißler begeistert großes Auditorium in Tutzing

Großer Auflauf für Heiner Geißler. Das Urgestein der westdeutschen Politik sorgte für ein voll besetztes Auditorium in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Der Vortrag über Volksabstimmungen bei Großprojekten war zugleich Premiere der neuen, unregelmäßigen Reihe „Akademiegespräche am See“.

Ein Drittel der 220 Zuhörer waren Tagungsgäste, doch etwa 150 Interessierte kamen eigens angereist. Kein Wunder, sind doch Bauvorhaben vom Schlag einer dritten Startbahn aktuelle Aufreger. Geißlers Position basierte auf seinen „neun Tagen von Stuttgart“, in denen er 2010 zwischen Wutbürgern und Politik anlässlich des dortigen Hauptbahnhof-Umbaus als Schlichter fungierte.

Der 82-Jährige, der zunächst stoisch der Begrüßung von Akademiechefin Ursula Münch gelauscht hatte, blühte auf. In das von Lach- und Denkfalten eindrucksvoll zerfurchte Gesicht fuhr Leben: Frei, engagiert und druckkreif fesselte Geißler mit einer Mischung

aus Erfahrungsbericht und Wahlkampfrede zugunsten der direkten Demokratie. Seine erste Kritik: Die Bürger würden bei Großprojekten zu spät informiert und wenn, dann auf falsche Weise, nämlich von oben herab. Mit dem Argument, „Stuttgart 21“ sei erforderlich für die „Magistrale Paris-Bratislava“ habe man keinen begeistern können. Konkrete regionale Vorteile habe die Politik zu erwähnen vergessen.

Zweite Kritik: Den Bürgern wurden Argumente vorenthalten und Alternativszenarien verschwiegen. Beim Gefühl, es würden Informationen zurückgehalten, steige aber das Misstrauen. Auch Gegner eines Großprojekts müssten in die Lage versetzt werden, Sachverständige und Gutachter zu bezahlen. Sei dann ein umfassender „Fakten-Check“ möglich und das Streitgespräch „auf Augenhöhe“, müsse es komplett öffentlich gemacht werden, auch im Internet und mit Public Viewing. Dies sei die Grundlage für eine Volksabstimmung.

Geißler verströmte Enthusiasmus für die Kompetenz des Bürgervotums. Mögliche kritische Aspekte fochten ihn nicht an. Falls nur die Neinsager zur Abstimmung gingen, sei „erkenntnistheoretisch“ davon auszugehen, dass die Wahlkabinen-Abstinenzler eben mit jedem Ergebnis zufrieden seien. Und falls mal ein wirtschaftlich sinnvolles Großprojekt per Plebisitz verhindert werde, würde Deutschland davon auch nicht untergehen.

Das mit politikkritischen Menschen durchsetzte Publikum, darunter der Sprecher der Freisinger Startbahngegner, reagierte begeistert, denn Geißler wirkte durch sein Lob für die Weisheit des Volkes wohlzuend anders als „normale“ Politiker: So harte Worte gegen „Obrigkeitstaat“ und für Demonstrationsfreiheit waren von Seiten eines CDU-Mitglieds eine handfeste Überraschung. Mehr Volksabstimmungen seien jedoch alternativlos, nämlich „die einzige Möglichkeit, das drängende Verlangen nach Vertrauen in die Demokratie wieder herzustellen“.

(siehe Bericht Seite 3)

Knut K. Schwarting schreibt in DIE ZEITUNG 05/2012:

### Europa in der Krise

... Als exemplarisches Krisenland stellt Jens Bastian von der Task Force Greece die Situation in Griechenland dar. Hellas ist seit 1981 in der EU. Er machte klar: Um Griechenland aus der Krise zu holen, reichen Kredite nicht aus. Vielmehr sei eine dreigliedrige Lösung gefragt. Internationale Finanzhilfen, Task Force und vor allem Griechenland selbst müssten zusammen-

wirken. Und dabei gibt es keine Erfolgsgarantie. Denn ein großes Problem stellen Klientelismus, Korruption und die Rekapitalisierung der Banken dar. „Jede einzelne griechische Bank ist insolvent“, erklärte Bastian.

Griechenland befindet sich mittlerweile im fünften Jahr der Wirtschaftskrise. Die soziale Lage ist prekär, jeder zweie-

te Jugendliche ist arbeitslos. Doch auch mit Arbeit sei der Lohn nicht sicher, die Zahl der Wutbürger groß. „Griechenland steht vor dem Abgrund“, meint Bastian, „jetzt ist die Mitte der Gesellschaft gefragt, frei nach dem Motto: Alle zusammen packen wir's.“

Tatsächlich seien positive Entwicklungen bemerkbar: Die Kartoffelbewe-

gung (eine Initiative, die Zwischenhändler ausschaltet und somit den Verkaufspreis senkt) hätte sich auch auf das Olivenöl übertragen. Ansätze des notwendigen Mentalitätswechsels seien vorhanden. So könne die Krise als Katalysator funktionieren.

Bastian, der seit 14 Jahren in Griechenland lebt, stellt dort eine Veränderung des öffentlichen Dialogs fest. Neue Ansätze, wie friedliche Protestbewegungen, würden sich bemerkbar machen. Das politische System kann somit aufgebrochen werden: Die Familiendynastie Papandreu wurde wie die Zwei-Parteien-Herrschaft beendet.

Trotzdem schaut Bastian mit Sorge auf die im Mai bevorstehenden Wahlen. Es könnten zehn Parteien in das Parlament einziehen. Der Wahlkampf werde unter der Bedingung geführt, dass es nichts mehr zu verteilen gibt. „Das ist Griechenlands letzte Chance“, meint der Task-Force-Manager. Die Task Force Greece bietet der griechischen Regierung technische Expertise bei der Durchführung der Strukturreformen. Weisungsbefugnis hat sie jedoch keine.

Griechenland ist also eine Baustelle, die vom Einsturz bedroht ist – der deutsche Haushalt wird potentiell massiv belastet durch die Kredite für den Peleponnes. Daher ist auch dem Athener Wunscheden entgegentreten: die ehemalige Außenministerin und frühere Oberbürgermeisterin der Akropolisstadt, Dora Bakoyannis, die Tochter des früheren Ministerpräsidenten Mitsotakis ist, und somit zum aktiven Teil der Clan- und Klüngelpolitik im Land gehört, möchte zwar Korruption und Staatsquote abbauen, aber weiter Geld, Investitionspakete und Billigkredite aus Brüssel...

(siehe Bericht Seite 9)

Matthias Will schreibt in der Frankenpost vom 5. Mai 2012 u.a.:

## Griechenlands letzte Chance

... Wie das Bulletin eines Arztes hören sich die Ausführungen des Regensburger Wirtschaftsprofessors Wolfgang Wiegard an, der früher dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage („Rat der Wirtschaftsweisen“) angehörte.

„Ohne Bekämpfung der Ursachen der Krise, sind immer stärkere Schmerzmittel nötig und der Patient wird immer kräcker“, warnt er. Die Risikoprämien für Anleihen von taumelnden Staaten wie Spanien und Italien seien zuletzt auf ein gefährliches Niveau gestiegen. „Sie sind eine Fiebermesskurve, die zeigt, dass die Euro-Krise zurückkehrt ist“, erklärt Wiegard.

Die Problemstaaten müssten ihre Wirtschaftsstrukturen verbessern, weshalb „vorübergehende Dämpfungseffekte“ unvermeidbar seien. Die Stabilisierungskäufe der Europäischen Zentralbank auf dem Anleihenmarkt seien als Notmaßnahme dann zu vertreten, wenn Europas Regierungen zwischenzeitlich ihre Hausaufgaben machen, sprich ihre Haushalte in Ordnung bringen würden. Die Politik müsse den

beschlossenen Fiskal-Pakt umsetzen, forderte der Professor. Er zweifelt daran, dass Griechenland es schafft, wie geplant seinen Schuldenstand bis 2020 auf etwa 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu reduzieren. Es sei unrealistisch, ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent von 2014 an zu erwarten.

„Wehe, wenn wir wieder diese Zwerge landschaft werden“

Ein flammendes Plädoyer für Europa hält der ehemalige bayerische SPD-Vorsitzende Ludwig Stiegler. Ja, er könne die Wut vieler Bürger auf die schludrigen Griechen verstehen. „Wir dürfen hier aber nicht aus dem Bauch heraus, sondern müssen mit kühlem Verstand handeln“, mahnt Stiegler. Gerade Bayern mit seiner starken Exportindustrie käme in Schwierigkeiten, falls der Euro scheitern würde. Nur ein gemeinsames Europa könne einen Gegenpol zu den Wirtschaftsmächten USA und China bilden. „Wehe, wenn wir wieder diese Zwerge landschaft werden“, warnt Stiegler...

(siehe Bericht Seite 9)



„Griechische Spezialitäten“

Zeichnung: Tomicek

# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## S e p t e m b e r

36-1 3. – 6. September

### **Große Veränderungen gestalten: Umwelt, Energie, Europa**

Ferienseminar 3

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-17

36-2\* 5. – 7. September

### **Politischer Extremismus – Gefährdung der Demokratie**

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

37-2 10. – 12. September

### **Ökonomische Bildung im 21. Jahrhundert**

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

37-3 10. – 14. September

### **Aufgespißt und zugespitzt**

Kommentar – Leitartikel – Glosse – Rezension

Schreibwerkstatt mit Peter Linden

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

37-1 14. – 16. September

### **Sommerakademie Asien**

#### **Transformation in Südostasien**

In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Anja Opitz / Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

38-2\* 17. – 19. September

### **Demos, populus, Volk – Das Volk gestern und heute**

In Zusammenarbeit mit der University of Sheffield

und der Humboldt Universität zu Berlin

Leitung: Michael Spieker / Paula Diehl / Martial Staub

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

38-4\* 21. September

### **Integration mal anders**

#### **Oder: Was Soziale Dienste vom kommerziellen Ethnomarketing lernen können**

In Kooperation mit der Interkulturellen Akademie der Inneren Mission München

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

*Außenveranstaltung in München*

Internet: [www.apb-tutzing.de](http://www.apb-tutzing.de)

# Themen Tagungen Termine

---

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

38-3\* 23. – 28. September

## **Philosophie vor Ort: Studienreise nach Athen**

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Stadt München

Leitung: Michael Spieker / Peter Schmidbauer

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

39-4\* 28. – 29. September

## **Leben für die Demokratie**

Ein Symposium zur politischen Bildung aus Anlass

des 70. Geburtstags von Heinrich Oberreuter

Leitung: Ursula Münch / Ondrej Kalina

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

## O k t o b e r

---

40-1\* 1. – 5. Oktober

## **Babel Balkan? Politische und soziokulturelle Kontexte von Sprache in Südosteuropa**

51. Internationale Hochschulwoche

In Zusammenarbeit mit der Südosteuropa-Gesellschaft München

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

40-2 5. – 7. Oktober

## **Diebe, Daten, Dunkelmänner – Innere Sicherheit im Wandel**

Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

41-1\* 8. – 12. Oktober

## **Struktur und Wandel der Gesellschaft in Deutschland**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Ondrej Kalina / Siegfried Münchenbach

Anmeldung über die Akademie Dillingen

41-2\* 8. – 12. Oktober

## **Literatur und Politik**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Gottlieb Gaiser

Anmeldung über die Akademie Dillingen

41-5 10. Oktober

## **Integrationshindernis Ausländerfeindlichkeit**

In Zusammenarbeit mit Caritas – Akademie der Nationen

Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

Außenveranstaltung im Rathaus München

41-4 12. Oktober

## **Tutzinger Kulturnacht: Wolf Euba liest Oskar Maria Graf**

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

# Themen Tagungen Termine

---

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

41-3 12. – 14. Oktober

## **Von der Schuldenkrise zur Systemkrise?**

In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)  
Leitung: Michael Schröder / Armin Scherb  
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

42-4\* 15. – 17. Oktober

## **EuropaPolitik erleben!**

Politiksimulation zur Europäischen Union  
Leitung: Robert Lohmann / Ondrej Kalina  
Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

42-1\* 17. – 19. Oktober

## **Tutzinger Diskurs: Gute Wissenschaft I**

Leitung: Michael Schröder / Michael Spieker / Katharina Zöller  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

42-2 19. – 21. Oktober

## **Deutschland auf der Weltbühne:**

### **Internationale Beziehungen und Völkerrecht in Geschichte und Gegenwart**

Leitung: Gero Kellermann / Michael Mayer / Anja Opitz  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

43-1\* 22. – 26. Oktober

## **Inklusion in der Schule**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Michael Spieker / Barbara Keppeler  
*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

43-2\* 22. – 26. Oktober

## **Der Nahe Osten – Historische Wurzeln eines weltpolitischen Konflikts**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen  
Leitung: Anja Opitz / Siegfried Münchenbach  
*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

43-3 26. – 28. Oktober

## **Zeitenwende in der arabischen Welt: Gestaltungspotentiale der Vereinten Nationen**

In Kooperation mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen  
Leitung: Anja Opitz / Ulrike Renner-Helfmann  
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

43-4 26. – 28. Oktober

## **Bayerische Außen-Politik**

Leitung: Ursula Münch  
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

44-1\* 29. – 30. Oktober

## **Bildung für nachhaltige Entwicklung**

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesausschuss für Hauswirtschaft e.V.  
Leitung: Ondrej Kalina  
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## N o v e m b e r

45-3\* 5. – 8. November

### **Schülerforum Politik: Der israelisch-palästinensische Konflikt**

Leitung: Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

45-1\* 5. – 9. November

### **Jugend und Recht**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / Oliver Laqua

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

45-2 9. – 11. November

### **Zukunft Europa**

Leitung: Gero Kellermann / Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

45-4 10. November

### **Täuschen und Tricksen**

In Zusammenarbeit mit dem Philosophischen Seminar der Universität Bamberg

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

*Außenveranstaltung in Bamberg*

46-1 12. – 16. November

### **Der neue Historikerstreit**

Die Rolle des Auswärtigen Amts im Dritten Reich

Leitung: Michael Mayer

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

46-3 12. – 14. November

### **Alles, was Recht ist**

Rechtsfragen der journalistischen Praxis

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

46-4 14. – 16. November

### **Im Namen des Lesers**

Journalistische Praxis der Gerichtsberichterstattung

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

#### E-Mail-Adressen der Sekretariate:

**Renate Heinz** R.Heinz@apb-tutzing.de

**Ina Rauš** I.Raus@apb-tutzing.de

**Heike Schenck** H.Schenck@apb-tutzing.de

**Karin Sittkus** K.Sittkus@apb-tutzing.de

**Simone Zschiegner** S.Zschiegner@apb-tutzing.de

# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

46-2 16. – 18. November

## **Sphären der Gerechtigkeit: Arbeit, Bildung, Chancen**

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

47-1\* 19. – 23. November

## **Demokratie in Deutschland: Grundlagen – Erfolge – Herausforderungen**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Evelin Mederle

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

47-2\* 19. – 23. November

## **Kulturen begegnen sich – Vielfalt als Chance und Herausforderung**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Ondrej Kalina / Angelika Klemenz-Klebl

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

48-4\* 26. November

## **Überzeugen(d) im Netz – Abgeordnete und Social Media**

In Zusammenarbeit mit dem MedienCampus Bayern

Leitung: Ursula Münch / Michael Schröder

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

48-1\* 26. – 28. November

## **Fußball und Gewalt – Neue Art der Freizeitgestaltung?**

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

48-3\* 28. – 30. November

## **Aktives Altern – Solidarität zwischen Generationen**

In Zusammenarbeit mit der LandesSeniorenVertretung Bayern

Leitung: Ondrej Kalina / Jörg Siegmund

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

48-5 29. November

## **„Entzugskost“**

In Zusammenarbeit mit: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung

für die Belange von Menschen mit Behinderung

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

*Außenveranstaltung in München*

48-2 30. November – 2. Dezember

## **Yes We Could? Die Zukunft der Vereinigten Staaten von Amerika**

In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Ursula Münch / Anja Opitz / Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

Internet: [www.apb-tutzing.de](http://www.apb-tutzing.de)

# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## Dezember

49-1\* 5. – 7. Dezember

### **Tutzinger Diskurs: Gute Wissenschaft II**

Leitung: Michael Schröder / Michael Spieker / Katharina Zöller

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

49-2 7. – 8. Dezember

### **Zwischen Akzeptanz und Widerstand –**

### **Energiewende und neue Protestkultur**

In Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Gerd Rudel

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

50-1\* 10. – 14. Dezember

### **Geschichte im Film:**

### **Wie wird Erinnerungskultur durch Medien geprägt?**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Mayer / Siegfried Münchenbach

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

50-2\* 10. – 14. Dezember

### **Die USA nach der Präsidentschaftswahl:**

### **Konstanten in der Innen- und Außenpolitik?**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Anja Opitz / Gerhard Finster

*Anmeldung über die Akademie Dillingen*

50-3 10. – 11. Dezember

### **Tutzinger Mediendialog: Ausgeleuchtet und durchleuchtet!?**

Transparenz und Geheimnis in der Mediendemokratie

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing und dem

Münchener Arbeitskreis Öffentlicher Rundfunk (MAR)

Leitung: Michael Schröder / Axel Schwanebeck

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

*Außenveranstaltung in der Evangelischen Akademie Tutzing – erhöhte Tagungsgebühr*

50-4\* 14. - 16. Dezember

### **Planspiel Model United Nations**

In Kooperation mit der LMU

Leitung: Anja Opitz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Internet: [www.apb-tutzing.de](http://www.apb-tutzing.de)

# Namen und Nachrichten

## aus der Akademie

### DIREKTORIN

**Prof. Dr. Ursula Münch** hielt Vorträge anlässlich des Jahresempfangs der Führungsunterstützungsschule der Bundeswehr Feldafing zum Thema „Im Auftrag der Demokratie – die Bundeswehr als Teil der bundesdeutschen Gesellschaft“ sowie beim Deutschen Juristinnenbund, Landesverband Bayern, „Familienpolitik im Wandel“.

Anlässlich der Verabschiedung des bisherigen Leiters des BayernForums der Friedrich-Ebert-Stiftung und bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden des Beirats der Akademie für Politische Bildung, Horst Schmidt, Mitwirkung an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Politische Bildung in Bayern“.

Moderation der Podiumsdebatte „Partizipation und Nachhaltigkeit – Innovationen für die politische Bildung“ im Rahmen des Bundeskongresses der Bundeszentrale für politische Bildung „Zeitalter der Partizipation“ in Berlin.

Auf Einladung der Fachschaft Politik an der Universität Erlangen hielt sie den Vortrag „Perspektiven für Politologen“.

### BEIRAT

Wir begrüßen **Oberkirchenrat Udo Hahn**, den Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing, als neues Mitglied unseres Beirats. Er ist damit Nachfolger von Pfarrer Dr. Friedemann Greiner, Akademiedirektor a.D., dem wir für seine konstruktive Mitarbeit und wertvollen Anstöße in den letzten Jahren herzlich danken.

### KOLLEGIUM

**Dr. Ondrej Kalina** leitete anlässlich der DAAD-Summer School „Intellektuelle Eliten in Ost- und Westeuropa in Geschichte und Gegenwart“ an der Universität Passau das politikwissenschaftliche Panel und referierte im selben Rahmen zum Thema „Politische Eliten in Ost und West – Genese und Struktur der politischen Eliten in Mittelosteuropa“.

**Dr. Gero Kellermann** war Teilnehmer der „Interkulturellen Expert(innen)runde“ über die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes „Perspektive München“. Ausgerichtet wurde die Veranstaltung vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung, dem Ausländerbeirat und der Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München.

**Dr. Anja Opitz** sprach an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck anlässlich der Tagung „Exportgut Demokratie? Arabischer Frühling, Mittelmeerunion und EU-Außenpolitik“ zum Thema „Frühlingserwachen oder Herbstdepression? Die Rolle der EU im Arabischen Frühling.“ Im Sommersemester 2012 wirkt sie an einer internationalen Summerschool „The Danube Summer Institute“ an der Andrassy Universität Budapest mit.



Jörg Siegmund

**Jörg Siegmund** ist seit dem 1. Juli 2012 der neue Persönliche Referent der Akademiedirektorin. Er folgt Ondrej Kalina nach, der den Arbeitsbereich „Gesellschaftlicher und politischer Wandel“ übernimmt. Wir stellen den neuen Kollegen im nächsten Akademie-Report ausführlich vor.

**Dr. Michael Spieker** hielt im Sommersemester an der Universität Freiburg ein Seminar über die Subjektivierung von Glücksvorstellungen ab. In Obermarchtal und an der Universität Bamberg hielt er Vorträge über Hegels Wissenschaft der Logik. In München moderierte er einen Fachtag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und in Berlin eine Diskussion über Studieren mit Behinderungen.